Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Poſt im Orts- und Oberamtsverkehr, ſowie im ſonſt. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Poſtbeſtellgeb. Preiſe freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt beſteht kein Anſpruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerſtattung des Bezugspreiſes.
Beſtellungen nehmen alle Poſtſtellen, ſowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernſprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkaſſe Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'ſchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einſpaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuſchlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenſo wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten ſofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsſtand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

№ 24. | Montag den 30. Januar 1928. | 88. Jahrgang.

Beſoldungserhöhung und Lohnkämpfe.

Wie die Tagespreſſe berichtet, haben die Berliner Gewerkſchaften ſich vor kurzem in einer Sitzung von neuem mit der angeblichen Teuerungsfrage beſchäftigt. Sie ſind dabei zu dem Entſchluß gekommen, daß eine allgemeine Lohnaufbeſſerung von 20 Prozent als angemeſſen zu bezeichnen ſei und gefordert werden müſſe. Zunächſt ſollte die Stellungnahme der Regierung auf die letzten Forderungen der Gewerkſchaften auf Erlaß reichsgeſetzlicher Maßnahmen abgewartet werden. Inzwiſchen ſind die großen Streiks im Mitteldeutſchen Bergbau, im Brauerei- und im Tabakgewerbe durchgeführt worden und haben überall mit Lohnerhöhungen geendet. Jetzt rühren ſich die Reichsbahnarbeiter und verlangen eine der fortſchreitenden Teuerung entſprechend angemeſſene Erhöhung ihrer allerdings, gemeſſen an den Tariflöhnen anderer Berufe, außerordentlich geringen Arbeitslöhne. In der Eiſeninduſtrie Deutſchlands drohte zu Beginn des Jahres eine rieſige Ausſperrung, weil die machtlüſternen Gewerkſchaften eine nach der Darſtellung der Unternehmer unangemeſſene und unberechtigte Lohnerhöhung fordern. Auch in der Angeſtelltenſchaft beginnt es ſich zu regen.

Man ſieht alſo klar, in welch unerbittlich folgerichtigem Zuſammenhang die von der Reichsregierung, insbeſondere dem Reichsfinanzminiſter eingeleitete und propagierte Beamtenbeſoldungserhöhung, die bei Bekanntwerden des Umfangs der Beſoldungserhöhung einſetzende Preisſteigerungswelle und die jetzt folgende Lohnbewegung der Arbeiterſchaft, der ſelbſtverſtändlich die Angeſtellten folgen werden und müſſen, ſtehen. Das eine ergibt ſich logiſcherweiſe und auch vernunftgemäß aus dem anderen. Nur die Reichsregierung, insbeſondere der Reichsfinanzminiſter, glauben dem deutſchen Volke und der deutſchen Wirtſchaft durch plumpe Verdrehungsverſuche die Meinung aufzwingen zu können, als wenn zwar die Beamtenbeſoldungserhöhung unbedingt notwendig ſein müſſe, um die Beamten vor dem Verhungern zu bewahren — man bedenke dabei, daß von der Beamtenbeſoldung beiſpielsweiſe auch Miniſterialräte erfaßt werden, die nach 8 Dienſtjahren 12 600 R.M. Gehalt erhalten! — daß aber die durch die ungeſchickte Art der Veröffentlichung der Beamtenbeſoldungserhöhung und durch die hemmungsloſe Propaganda der Beamten verurſachte Preisſteigerung völlig unberechtigt und unbegreiflich, und daß eine aus der Erhöhung der Beamtenbeſoldung und der Preisſteigerung folgende Lohnerhöhung der Arbeiter und der Angeſtellten nicht notwendig, alſo überflüſſig ſei! Dazu verdient beſonders hervorgehoben zu werden, daß die Beamtenbeſoldungsreform des Herrn Dr. Köhler ſogar eine Erhöhung der Miniſtergehälter vorſieht. Alſo auch die deutſchen Miniſter, welche jetzt ſchon aus den Taſchen der Steuerzahler fürſtliche Gehälter beziehen, müſſen verhungern, wenn dieſe für ihre Leiſtungen und ihre Fähigkeiten ſchon unangemeſſen hohen Gehälter noch weiter erhöht werden. Dieſe Zumutung, der Geſamtheit des unter dem unerträglichſten Steuerdruck und unter einer durch die Mißwirtſchaft der öffentlichen Verwaltung verurſachten Teuerung ſeufzenden deutſchen Volkes auch noch eine Erhöhung der Miniſtergehälter anzuſinnen, iſt ſo unerhört, daß ſie an den Pranger geſtellt zu werden verdient. Es iſt dabei merkwürdig, daß gerade über dieſen Punkt die Tagespreſſe zum größten Teil mit Stillſchweigen hinweggeht oder ihn nur ganz gelegentlich und in verſteckter Form behandelt.

Auch die Warnung des Reparationsagenten Parker Gilbert hat den Reichsfinanzminiſter und die Reichsregierung nicht hindern können, auf der ſofortigen Durchführung der Beamtenbeſoldungsreform zu beſtehen. Der Streit um dieſe iſt ein Kapitel, über welches noch beſonders zu ſprechen iſt. Hier ſoll nur folgendes geſagt werden: Die Staatsgewalt geht nach der Reichsverfaſſung vom Volke aus, die Beamten aber ſind Diener des Staates, der Gemeinden uſw. Sie werden aus denjenigen Mitteln beſoldet, welche das Reich, der Staat, die Gemeinde durch Steuern von der Geſamtheit des Volkes erhebt. Die Beamten werden alſo mit anderen Worten, da der Staat nur die Geſamtheit des Volkes in verfaſſungsrechtlicher, politiſcher und wirtſchaftlicher Beziehung verkörpert, von der Geſamtheit des Volkes bezahlt. Aus dieſer Tatſache, die unſerer Verwaltungsbürokratie gänzlich entfallen zu ſein ſcheint, folgt die ſelbſtverſtändliche moraliſche Verpflichtung des Staates, ſo zu beſolden, wie es der Lebenshaltung und der Leiſtungsfähigkeit der Geſamtheit des Volkes entſpricht. Wird die Beamtenbeſoldungsreform des Reichsfinanzminiſters aber durchgeführt, dann erhalten die Beamten und Staatsbedienſteten ein weſentlich höheres Entgelt für ihre Dienſtleiſtungen, als es dem Durchſchnitt der werktätigen Bevölkerung von den höheren Angeſtellten bis zu den geringſt bezahlten Arbeitern herunter zu erreichen möglich iſt. Außerdem ſind dann die Beamten auch noch dadurch weſentlich günſtiger und beſſer geſtellt, als ſie einen Rechtsanſpruch auf Altersverſorgung für ſich und ihre Hinterbliebenen haben, der um ein Vielfaches über das hinausgeht, was der Angeſtellte und Arbeiter durch die ſozialen Verſicherungen zu erwarten hat. Dieſe Beſſerſtellung der Beamten erfolgt aber nicht aus Erſparniſſen und Ueberſchüſſen, die der Staat etwa aus Ausnutzung günſtiger Konjunktur oder ſparſamer Wirtſchaft erzielt hat, ſondern aus den herausgepreßten Steuergroſchen der Geſamtheit des Volkes. Womit will der Reichsfinanzminiſter und die Reichsregierung dieſe Beſſerſtellung der Beamten auf Koſten der Geſamtheit des Volkes begründen? Es beſteht dafür weder ein moraliſches noch ein ſoziales Recht. Es ſoll nicht beſtritten werden, daß die unteren Beamtenklaſſen ſchlecht bezahlt werden, und es wird niemand in Deutſchland etwas dagegen haben, wenn dieſe Beamtenklaſſen eine angemeſſene und dem Durchſchnittseinkommen der werktätigen Bevölkerung entſprechende Erhöhung ihrer Bezüge erhalten. Für die höheren Beamten aber erſcheint eine Erhöhung mit Rückſicht auf die Einkommensverhältniſſe der werktätigen Bevölkerung nicht nur nicht notwendig, ſondern unangemeſſen und unberechtigt. In den Regierungen, den Parlamenten und der Preſſe wird bis zum Ueberdruß von Sparen geredet und geſchrieben. Nun wohl, der Reichsfinanzminiſter könnte hier einmal praktiſch zeigen, wie man an der Spitze der Verwaltung mit dem Sparen anfängt! **Die ſämtlichen Miniſter in Deutſchland und die ſämtlichen höchſten Verwaltungsbeamten können mit erheblich geringeren Gehältern auskommen, ohne daß ihre Lebenshaltung und ihre Verſorgung für die Zukunft auch nur im geringſten darunter leidet!** Auch die vielen penſionierten hohen und höheren Beamten, wie Scheidemann, Leinert, Cuno, Dr. Wirth uſw., die bis zu 20 000 und mehr Reichsmark Penſion im Jahre beziehen und dazu noch recht beträchtliche Nebeneinnahmen als Parlamentarier, Partei- und Wirtſchaftsführer haben, welche das Einkommen vieler in leitender Stellung befindlicher Angeſtellter weit überſteigen, ſind ſehr wohl in der Lage, auch mit der Hälfte dieſer Bezüge noch ſtandesgemäß und angemeſſen zu exiſtieren. Wir erinnern auch an den Generaldirektor der Reichsbahn, der 200 000 R.M. Gehalt jährlich bezieht! Der Herr Reichsfinanzminiſter Dr. Köhler ſoll den Mut aufbringen und dieſen hohen Beamten ein Drittel bis die Hälfte ihrer Bezüge zu kürzen, vor allen Dingen auch den in der Forderung hoher Gehälter beſonders ſmarten höheren Verwaltungsbeamten der Städte — Oberbürgermeiſtern, Bürgermeiſtern, beſoldeten Stadträten — der Oberbürgermeiſter von Berlin, Dr. Böß, hat eine unverhältnismäßig hohe Gehaltserhöhung durch die Androhung ſeines Rücktritts durchgedrückt und in Dresden iſt die Wahl des ſozialdemokratiſchen Bürgermeiſters Dr. Bührer jetzt von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommuniſten, beſtätigt worden, obgleich dieſer geſchäftstüchtige Herr 8000 R.M. mehr Gehalt gefordert hat und auch erhält, als ihm nach der Beſoldungsordnung zuſteht! — Er möge in dieſe ſo ganz anders geartete Beſoldungsreform die Beſtimmung hineinbringen, daß allen Groß-Penſionären der Republik, welche trotz der ihnen aus umfangreicher parlamentariſcher und beruflicher Tätigkeit zufließenden, ſehr beträchtlichen Einkommen die Rieſenpenſionen des armen deutſchen Volkes ohne moraliſche Skrupel und ſoziale Bedenken einſacken, dieſen ſo lange völlig gekürzt werden, als ſie andere ausreichende Einkommensquellen haben. Die ſelbſtverſtändliche moraliſche Folge dieſer Maßregel würde ſein, daß auch die übrigen höheren Beamten auf eine Erhöhung der Gehälter verzichten würden oder müßten. Aus den ſo erzielten Erſparniſſen aber könnten ſehr wohl die notwendigen Erhöhungen für die Beamtengehälter der unteren Klaſſen gedeckt werden. Der Erfolg einer ſo einſchneidenden — aber wie wir behaupten, unbedingt notwendigen und allein zum Erfolg führenden — Reform wäre, daß mit einem Schlage 300 bis 400 Millionen in der geſamten Verwaltung geſpart werden könnten, und daß die jetzt trotz der Verſchleierungsverſuche des Herrn Dr. Köhler mit Sicherheit drohenden Steuererhöhungen uſw. vermieden würden. Und eine weitere Folge wäre, daß die nach der Angabe des Reichsfinanzminiſters für das jetzt laufende Haushaltsjahr erſparten 200 bis 300 Millionen Reichsmark, die doch in Wahrheit gar nicht erſpart, ſondern zuviel aus dem ſchwer ringenden werktätigen nichtbeamteten Teil des Volkes herausgepreßt, alſo moraliſch angeſehen, zu Unrecht erhoben ſind, in Form von Steuerſenkungen der ſchwer bedrückten Wirtſchaft und der bis zur Unerträglichkeit belaſteten werktätigen Bevölkerung zugute kommen würden. Daß dieſer Reichsfinanzminiſter und dieſe Reichsregierung und auch eine nachfolgende Linkskoalitionsregierung allerdings den vorgeſchlagenen Weg gehen werden, glauben wir nicht. Sie ſind ja alle durch Parteiintereſſen und Cliquenweſen zu ſehr gebunden, als daß ſie wirklich nur dem einen Leitſtern folgen könnten, der allein als oberſter Grundſatz ihres Handelns als Miniſter — d. h. Diener des ſouveränen Volkes nämlich — ihnen ſtändig vor Augen ſtehen müßte, nämlich der Wohlfahrt des Volkes. So wird alſo der zwar nicht ſchickſalsmäßig aber zwangsläufig aus der unerbittlichen Logik des auch in der Wirtſchaft — und da gerade erſt recht — geltenden Kauſalitätsgeſetzes vorgeſchriebene Erfolg der Beamtenbeſoldungsreform nur der ſein, daß auf die Erhöhung der Beamtengehälter diejenige der Arbeitslöhne und Angeſtelltengehälter folgt, daß eine Steigerung der Poſt- und Eiſenbahntarife ſowie der Preistarife der öffentlichen Werke und Steuererhöhungen in den Ländern und in den Kommunen folgen muß, und daß daraus eine Preisſteigerungswelle beginnt, deren Ende noch nicht abzuſehen iſt. Wir werden alſo zwar zunächſt nicht ſofort zu einer zweiten Inflation kommen, wohl aber zu einer fortſchreitenden Entwertung der Kaufkraft unſerer Währung, alſo zu einer Teuerung, welche naturnotwendig zu weiterer Vernichtung unſeres Mittelſtandes und Verelendung der Arbeiterſchaft führen muß. Dieſe Teuerung aber trägt den Keim der zweiten Inflation in ſich, deren erſter Schrittmacher der jetzige Reichsfinanzminiſter iſt.

Wenn da der Reichsfinanzminiſter ſeine Beamtenbeſoldungsreform darauf ſtützt, daß die Beamten dem inneren Wert und der Kaufkraft der Reichsmark entſprechend nur einen Bruchteil ihres Gehaltes vor dem Kriege erhielten, ſo ſagt er damit nichts anderes, als daß unſere Reichsmark bis zu dieſem Bruchteil ſchon entwertet iſt. Selbſtverſtändlich haben alle übrigen Berufe und Stände des deutſchen Volkes das Recht, eine gleiche Aufwertung ihrer Bezüge und Entgelte zu fordern. Die Folge muß eine ſich fortſetzende Steigerungs- und Teuerungswelle, die ſchließlich — Geſetze und Verfaſſungen ſind, wie die Zeit nach dem 9. November 1918 bis jetzt ja zur Genüge zeigt, mit Leichtigkeit beſeitigt, wenn der egoiſtiſche Parteiwille es fordert — im Handumdrehen zu einer neuen Inflation führen kann. Daß dieſe etwas anders ausſehen wird und auch zu ganz anderen Folgen führen wird — vielleicht zu recht unangenehmen Folgen für die jetzigen leichtfertigen und verantwortungsloſen Geſchäftemacher, Miniſter und Parteibonzen — als die Inflation von 1919 bis 1923, iſt allerdings anzunehmen. Was aus dem deutſchen Volke dabei wird, bleibt abzuwarten. Ob aber das deutſche Volk insbeſondere das werktätige Volk ſich noch einmal die gewiſſenloſe Ausbeutung einer nur auf Erzielung egoiſtiſcher Vorteile bedachten Parteidemokratie und einer ſich nur als Selbſtzweck betrachtenden Bürokratie wird gefallen laſſen, erſcheint uns doch einigermaßen zweifelhaft. Der Herr Reichsfinanzminiſter Dr. Köhler, der ja derſelben Partei angehört, wie die ſich eines recht zweifelhaften politiſchen Rufes erfreuenden Erzberger, Dr. Höfle, Dr. Hermes, Lange-Hegermann uſw. wird gut tun, ſich an den Ausſpruch des ihm ſicherlich auch bekannten klaſſiſchen Dichters Ovid zu erinnern: Was du auch tuſt, das tu' mit Bedacht und erwäge das Ende! Das Ende aber der von Erzberger eingeleiteten und von Herrn Dr. Köhler ſo zielbewußt fortgeſetzten verhängnisvollen Finanzpolitik könnte möglicherweiſe auch für ſeine Partei ein recht böſes werden.

Deutſchland.

Stuttgart, 28. Jan. Der Reichspräſident ſandte der Witwe des verſtorbenen Generals v. Hoſacker folgendes Beileidstelegramm: „Tiefbewegt ſendet Ew. Exzellenz den Ausdruck herzlichſter Teilnahme. v. Hindenburg.“

Eine ſtürmiſche Landtagsſitzung.

Stuttgart, 28. Jan. Im Landtag gab es heute eine ſtürmiſch bewegte Sitzung. Auf der Tagesordnung ſtand die Große ſozialdemokratiſche Anfrage über die Rede des Staatspräſidenten Bazille bei der Länderkonferenz. Staatspräſident Bazille ergriff als erſter das Wort, um, wie er ſagte, dem Hauſe unnötige Erörterungen zu erſparen. Er habe ſich in Berlin im weſentlichen an ſein der Preſſe übergebenes Manuſkript gehalten, aber an einigen Stellen während des Vortrags Aenderungen vorgenommen und gerade an der Stelle, die Gegenſtand der Anfrage iſt, eine Erläuterung eingefügt. Bei Betrachtung des Problems konnte die Erörterung der Außenpolitik nicht außer Betracht gelaſſen werden. Er habe ſich nicht gegen die republikaniſche Staatsform, ſondern gegen die Fehler in ihrer Konſtruktion gewandt und wörtlich ausgeführt, es ſei die Sorge berechtigt, daß der Verſuch gemacht werden wird, durch mehr oder weniger ſanften Druck und auf Umwegen zum Einheitsſtaat zu gelangen. Sollte dieſer Weg beſchritten werden, ſo wird eine unmittelbare Gefahr für den Beſtand des Reiches heraufbeſchworen, denn nichts iſt irriger und gefährlicher als die Meinung, die Länder werden ſich ſchließlich in ihr unvermeidliches Schickſal fügen. So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieſes Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand ſtecken. Längere Wirren ernſter Art für Deutſchland bilden einen Anreiz für unſere Nachbarſtaaten, die ausfallenden Reparationen durch Stücke deutſchen Landes zu erſetzen. Es kann ſich wiederholen, was wir bereits einmal erlebt haben, die Beſetzung der Rheinlande und des Ruhrgebiets durch Frankreich, aber auch die Wegnahme Oſtpreußens durch Polen. Solchen Angriffen könnten aber England und Rußland und vielleicht auch Italien nicht ruhig zuſehen. Schon oft haben kleine Urſachen große Wirkungen gehabt. Der Staatspräſident betonte, daß dieſe Worte keine Drohung, ſondern nur eine Befürchtung geweſen ſeien und daß niemand behaupten könne, er habe mit Reichsverrat gedroht. Der preußiſche Miniſterpräſident habe auf der Länderkonferenz ausgeführt, daß die Trennung des Reiches in zwei Teile, Süden und Norden, zu einem Auseinanderfallen des Reiches führen werde, der Miniſterpräſident habe alſo die gleichen innerpolitiſchen Sorgen gehabt wie er. Vierhundert Jahre deutſcher Geſchichte ſprechen dafür, daß man, wenn man das Reich nach außen und innen machtlos macht, ein Raub fremder Mächte wird. Es iſt völlig klar, was Polen mit Oſtpreußen machen würde, wenn das Reich auseinanderfiele. Daß in dieſem Falle England und Rußland nicht ruhig zuſehen würden, iſt doch auch klar. Das würde doch ſicher den kontinentalen Krieg bedeuten. Es liege für ihn nicht der geringſte Anlaß vor, auch nur ein Wort von ſeiner Rede zurückzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts.) Abg. Dr. Schumacher (Soz.) begründete die Große Anfrage und wurde, als er von den hoch- und reichsverräteriſchen Gefahren der Rede des Staatspräſidenten ſprach, zur Ordnung gerufen. Er betonte weiter, Bazille ſei früher nur eine Lokalgröße geweſen, jetzt aber berühmt geworden. Die Sozialdemokratie beſtreite keinem Menſchen das Recht auf perſönliche Blamage, verlange aber, daß das Land Württemberg nicht zum Geſpött in Deutſchland und in der ganzen Welt gemacht werde; Ausdrücke, welche Präſident Körner rügte. Der Redner trat dann für den Einheitsſtaat ein und erklärte weiter, in der Rede des Staatspräſidenten liege nicht nur die Drohung mit dem Reichsverrat, ſondern auch die Drohung mit dem Hochverrat. Wie wolle der Staatspräſident das württembergiſche Volk zum Kampf aufrufen?, für wen ſolle es ſich ſchlagen, vielleicht pour le roi de Villa Reitzenſtein. Das glaube niemand. Der Staatspräſident habe dem Ausland gezeigt, wo es die Möglichkeit habe, einen Brand zu entzünden, der den Kontinent auf Koſten Deutſchlands in Brand ſetze. Dieſe Rede ſei ganz unverantwortlich geweſen und ſolchen Hemmungsloſigkeiten müſſe ein Ende gemacht werden. Wenn das württ. Zentrum die Rede vorher gekannt habe, ſo liege darin ein ſchuldhaftes Verſäumnis. Das führende Zentrumsblatt in Stuttgart ſei von der Rede des Staatspräſidenten weit abgerückt. Die Sozialdemokratie nehme den Kampf an, den ihr der Staatspräſident angeboten habe (Lebhafter Beifall links). Staatspräſident Dr. Bazille erwiderte, er habe in Berlin nur geſagt, daß die Gefahr des Zerfalls des Reichs dann gegeben ſei, wenn mit mehr oder weniger ſanften Mitteln oder auf Umwegen verſucht werde, den Einheitsſtaat herbeizuführen, nicht aber, wenn er auf verfaſſungsmäßigem Wege komme. Daß er das württembergiſche Volk zum Widerſtand aufrufen werde, habe er nicht geſagt. Alles was er ſagte, ſei der Ausdruck der Sorge, Befürchtung und Mahnung an die Unitarier geweſen, den Bogen nicht zu überſpannen. Von ſozialdemokratiſcher Seite ging ein Mißtrauensantrag ein, wonach die Rede des Staatspräſidenten nicht der Auffaſſung des württembergiſchen Volkes über das Verhältnis Württembergs zum Reich entſpricht. Das württembergiſche Volk fühlt ſich mit dem Reich untrennbar verbunden und weiſt jeden Gedanken der Möglichkeit einer Lostrennung Württembergs vom Reich als Folge einer Fortentwicklung zur völligen Einheit des Reiches mit aller Entſchiedenheit zurück. Die Androhung ſchwerſter nationaler und internationaler Erſchütterungen für den Fall der Verwirklichung des Gedankens der Reichseinheit durch den württembergiſchen Staatspräſidenten iſt unvereinbar mit den Intereſſen Württembergs wie des Reichs und wird vom Landtag aufs ſchärfſte mißbilligt. Der Landtag entzieht daher dem Staatspräſidenten das Vertrauen. Auf ſozialdemokratiſchen Antrag wurde in die Beſprechung der Anfrage eingetreten. Der Abg. Bock (Ztr.) bezeichnete den Artikel des Stuttgarter Zentrumsblattes als Privatarbeit und

Birkenfeld.
Alle Arten von
Lohnfuhren
werden mit meinem 3 Tonnen-Laſtwagen prompt und gewiſſenhaft ausgeführt.
Philipp Rummel.
Anmeldungen werden auch in Neuenbürg, Tel. Nr. 112, angenommen.

3 Zimmer-Wohnhaus
in Eutingen bei Pforzheim mit Stall und Garten am Haus bei 6—8000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. 5 Zimmer werden am 1. April frei. Ang. erb. L. Schidwigowski, Pforzheim, Zerrennerſtr. 49a, Tel. 2950.

ridende
der Qual iſt das berühmte
zband
Reichspatent)
r und ohne Schenkelriemen,
für alle Arten von Brüchen.
zende Zeugniſſe. Auch Heil-
g. Mein Vertreter iſt wieder
dende (auch für Frauen und
os zu ſprechen:
benzell im Gaſth. z. „Ochſen“ von 3—6 Uhr,
uenbürg im Gaſth. z. „Bären“ von 8—12 Uhr,
ildbad im „Bahnhof“-Hotel von 1—4 Uhr.
alleinige Herſteller:
rkochen (Württemberg).

fer und nützt jedes Futter
aus, wenn Sie ihm
Marke“ beimiſchen. Dieſe
ſchung wirkt ſicher, aber nur
Orig.-Pack.
.m.b.H., Leipzig-Eutr. 15p.
rg bei: A. Luſtnauer's Nchf.,
nnkuch & Co., G. m. b. H.,
n. In Höfen bei: Hermann
phie Gall, Wtw., Handlung.
eb Mitſchele, Handlung. In
ing, Drogerie, E. Eckſtein,

Einzug v. Forderungen
jeder Art
durch
Inkaſſo-Geſchäft Wolfinger,
Neuenbürg.

Enorm billig
kaufen Sie
Möbel
und ganze
Wohnungs Einrichtungen
wie
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
und Einzelmöbel
nur bei
Josef Weinheimer
Pforzheim
Oestl. 28 Oestl. 28

Goldſchmiedslehrling,
Poliſſeuſen- ſowie
Emailleuſen-
Lehrmädchen
finden gewiſſenhafte Ausbildung.
Porcher A.-G.,
Pforzheim, Bleichſtraße 55.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsrat. lief. Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. 342.
Schreiben Sie ſofort!

Viſiten-Karten
C. Meeh'ſche Buchhandlung.

ſprach ſein Erſtaunen darüber aus, daß nach den Erklärungen des Staatspräſidenten die Ausführungen der Sozialdemokratie noch möglich waren. Dieſer ſei es nur um Agitation zu tun und ſie treibe damit ein leichtſinniges Spiel, denn was Schumacher ausgeführt habe, ſei eher Hochverrat als die Rede des Staatspräſidenten. Von rechts und vom Zentrum ertönten Rufe: Schmeißt den Abg. Dr. Schumacher hinaus. Es entſtand ungeheurer Lärm und Präſident Körner drohte mit Schließung der Sitzung, falls nicht Ruhe eintrete. Der Abg. Bock erklärte weiter, er ſchäme ſich für die Rede des Abg. Schumacher, worauf ihm von ſozialdemokratiſcher Seite zugerufen wurde: Gehen Sie doch am nächſten Sonntag zum Beichten, was Präſident Körner rügte. Der Abg. Bock betonte weiter, daß den Staatspräſidenten nur die Sorge um die Einheit des Reiches bewegt habe, daß noch nie eine Große Anfrage ſo unbegründet und ſo unſachlich geweſen und der ſozialdemokratiſche Antrag geradezu ungeheuerlich ſei. Das württ. Volk habe es endlich ſatt mit den unitariſchen Beſtrebungen und Dr. Schumacher habe als Nichtwürttemberger kein Recht, ſich auf das württembergiſche Volk zu berufen. Als der Abg. Adorno (Ztr.) den Zuruf machte: Pollak, womit er den Abg. Dr. Schumacher meinte, gab es große Unruhe und von links rief man: Unverſchämtheit, pfui Teufel. Die Demokratie ſtellte folgenden Mißtrauensantrag: Der Landtag mißbilligt die Rede des Staatspräſidenten, weil ſie der Einſtellung des württembergiſchen Volkes zum Reich und zum Reichsgedanken nicht entſpricht und ſpricht ihm das Mißtrauen aus. Ferner ſtellte die Demokratie folgenden Eventualantrag: Der Landtag iſt mit den Ausführungen des Staatspräſidenten nicht einverſtanden. Er bedauert, daß durch ſie ein nichtzutreffender Eindruck von der Einſtellung des württ. Volkes zum Reich und zum Reichsgedanken entſtanden iſt. Auch von kommuniſtiſcher Seite wurde ein Mißtrauensantrag geſtellt. Staatspräſident Dr. Bazille erklärte, die Anhänger des Föderativſtaates ſeien die eigentlichen Schützer der Reichsverfaſſung. Wenn entgegen der Verfaſſung eine Mehrheit des Reichstags einen Angriff auf die Exiſtenz der Länder unternehme, dann beſtehe die Gefahr des Zerfalles des Reiches. Das ſei der Sinn ſeiner Rede geweſen. Er ſchütze deshalb die Reichsverfaſſung, während die Sozialdemokratie ſie gefährde. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) hob hervor, daß in der Rede des Staatspräſidenten eine große Beunruhigung und eine vollſtändig falſche Einſtellung Württembergs gegenüber dem Reich liege. Das württ. Volk werde für den Gedanken der Reichseinheit gewonnen werden können. Der Abg. Dr. Scholl (B.P.) verbat ſich die Angriffe von links und erklärte, daß ſich durch die ganze Rede des Staatspräſidenten wie ein roter Faden ſeine Reichsfreudigkeit ziehe und ſeine ernſte Befürchtung, es könnte durch die Torheiten der Linken das Reichsgebäude ins Wanken kommen. Im ganzen württembergiſchen Volk falle es niemand ein, die Reichstreue zu brechen. Der Abg. Schneck (Komm.) bemerkte, in dem Kampf um den Einheitsſtaat liege ein Stück Maſſenkampf, den man durchführen müſſe. Der Abg. Rath (D. Vp.) verlas eine Erklärung, wonach die Form der Rede des Staatspräſidenten peinlich berührte und an einigen Stellen ihre ſtaatsmänniſche Zurückhaltung vermiſſen ließ. Die Deutſche Volkspartei lehne die Mißtrauensanträge ab, ſtimme aber dem demokratiſchen Eventualantrag zu. Um 2 Uhr nachmittags wurde ein Vertagungsantrag des Abg. Dr. Schall abgelehnt. Der Abg. Dr. Schall (Dem.), der vor leeren Bänken ſprach, da die meiſten Abgeordneten in der Veſperſtube ſaßen, um dort die Abſtimmung abzuwarten, erblickte in der heutigen Rede des Staatspräſidenten einen weſentlichen Fortſchritt zum unitariſchen Gedanken. Seine Rede in Berlin habe Wirkungen höchſt ſchädlicher Art gehabt, die nicht mehr aus der Welt geſchaffen werden können. Deshalb müſſe mit den ſchärfſten parlamentariſchen Mitteln dagegen proteſtiert werden. Staatspräſident Dr. Bazille forderte dazu auf, den Vorwurf des Hochverrats nach Aufhebung der Immunität in der Oeffentlichkeit zu wiederholen. Dann werde er Strafantrag ſtellen, um die Sache gerichtlich zu klären. Wenn die Abgeordneten den Mut dazu nicht aufbringen, ſo falle der Vorwurf ſofort in ſich zuſammen. Der Abg. Dr. Schumacher (Soz.) wandte ſich in ſeinem Schlußwort nochmals gegen den Staatspräſidenten und ſprach von der Kneiferei des Zentrums, worauf von Zentrumsſeite der Zuruf kam: Der Burſche kann ſich nicht beherrſchen. Staatspräſident Dr. Bazille ſtellte nochmals feſt, was er in Berlin geſagt hatte und erklärte dazu, wer ſeine Rede nicht leſen könne, ſei nicht wert, Abgeordneter zu ſein. Nach einer Erwiderung Dr. Schumachers und einer perſönlichen Bemerkung des Abg. Adorno (Ztr.) wurde der kommuniſtiſche Antrag, dem geſamten Staatsminiſterium das Mißtrauen des Landtags auszuſprechen, gegen die Stimmen der Kommuniſten abgelehnt. Der ſozialdemokratiſche Antrag und der demokratiſche Hauptantrag wurden gegen die Stimmen von Soz., Komm. und Dem., der demokratiſche Eventualantrag außerdem gegen die Stimmen der Deutſchen Volkspartei abgelehnt. Um ¼4 Uhr wurde dann die Sitzung nach 6¼ſtündiger Dauer geſchloſſen. Dienstag nachmittag Etat des Innern.

Die Leiden Südtirols.

München, 28. Jan. Auf Einladung der Frauenortsgruppe des Vereins für das Deutſchtum im Auslande ſprach am Freitag abend im überfüllten Auditorium Maximum der Münchener Univerſität der ſüdtiroler Oberlehrer Riedel über die Leiden ſeiner Heimat. Riedel, der bekanntlich von der faſchiſtiſchen Regierung mit Rechtsanwalt Dr. Noldin auf die troſtloſen Lipariſchen Inſeln verſchickt und nach Wiedererlangung ſeiner Freiheit ſchleunigſt aus Südtirol flüchten mußte, da ihm eine neue Verhaftung drohte, ſchilderte, wie er zu fünf Jahren Verbannung verurteilt mit Eiſenketten an wirkliche Verbrecher geſchmiedet, von einem Gefängnis zum anderen bis nach Palermo geſchleppt wurde. Im unterſten Raum eines Frachtdampfers im ſchmutzigſten Winkel mit Mördern und Räubern zuſammengekettet, mußte der „politiſche Verbrecher" die ſchrecklichen Tage der Ueberfahrt nach den Lipariſchen Inſeln aushalten, wo er fern von ſeinen Kindern monatelang in banger Sorge bis zu ſeiner Freilaſſung verbleiben mußte. Ein anderer Flüchtling, der Bozener Rechtsanwalt Dr. Eduard Reut-Nicoluſſi, der ebenfalls aus Südtirol flüchten mußte, ergänzte in einer ſich anſchließenden Veranſtaltung der Arbeitsgemeinſchaft für deutſchen Aufbau die Ausführungen Riedels. Reut-Nicoluſſi ſchilderte, wie die Italiener ſyſtematiſch auf die Zerſtörung der Tradition ausgingen, wie das in der Zerſtörung und Beſeitigung von Denkmälern, in dem Verbot deutſcher Namen und insbeſondere dem Verbot jeglichen deutſchen Unterrichts in den Volksſchulen zum Ausdruck komme. Es gebe in Südtirol kein Verſammlungs- und kein Hausrecht und kein Briefgeheimnis mehr. In brutalſter Weiſe werde das arme Volk degradiert, um die Italianiſierung durchzuſetzen, die von ſelber nicht kommen wolle.

Der 75. Geburtstag des Staatspräſidenten Ulrich.

Darmſtadt, 28. Jan. Heute vormittag fand aus Anlaß des 75. Geburtstages des Staatspräſidenten Ulrich im Staatsminiſterium der Gratulationsempfang ſtatt, wobei die Miniſter, Staatsbeamten, Vertreter der Provinzen, Städte, Hochſchulen uſw. ihre Glückwünſche darbrachten.

Reichspräſident von Hindenburg hat dem heſſiſchen Staatspräſidenten Ulrich zu ſeinem 75. Geburtstag telegraphiſch ſeine Glückwünſche übermittelt. Dr. Marx hat zugleich im Namen der Reichsregierung die aufrichtigſten Glückwünſche ausgeſprochen. Reichsverkehrsminiſter Dr. h. c. Koch hat an den heſſiſchen Staatspräſidenten Ulrich zu deſſen 75. Geburtstag ein Glückwunſchtelegramm gerichtet.

Die Beſchwerde Röttchers vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 28. Jan. Der 5. Strafſenat des Reichsgerichts beſchäftigte ſich heute mit der Haftprüfungsbeſchwerde des Redakteurs Fritz Röttcher von der Zeitung „Die Menſchheit" in Wiesbaden, der vor einigen Monaten wegen Landesverrates verhaftet worden war. Die Verhandlung fand unter Ausſchluß der Oeffentlichkeit ſtatt. Als Verteidiger waren Rechtsanwalt Dr. Levi-Berlin und Dr. Liebknecht-Berlin erſchienen. Nach längerer Beratung wurde folgende Entſcheidung verkündet: Röttcher wird gegen Hinterlegung einer Kaution von 10 000 Mark und gegen eine weitere Kaution von 10 000 Mark, für die er zwei Bürgen zu ſtellen hat, auf freien Fuß belaſſen.

Zur Verhaftung von Reichswehrfunkern.

Berlin, 28. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, handelt es ſich bei der Verhaftung von Funkern in Gießen und Fulda um eine Angelegenheit, die keine allzu große Bedeutung haben dürfte. Den Funkern wird ein Verſtoß gegen die Betriebsvorſchriften zur Laſt gelegt. Das haben die in Fulda Verhafteten ſogleich zugegeben, worauf ſie vom Gericht alsbald wieder freigelaſſen wurden. Gegen die Gießener Funker ſchwebt noch eine Unterſuchung. Sonſt ſind nirgends Funker verhaftet worden.

Ausland.

Kattowitz, 28. Jan. Der ſozialdemokratiſche „Volkswille", der geſtern einen ſehr ſcharfen Artikel über das Urteil des Pleſſer Gerichts in der Angelegenheit der Aufſtändiſchen-Ueberfälle in Gorzalkowitz brachte, wurde beſchlagnahmt. Das gleiche Schickſal hatte die heutige Ausgabe der „Polonia", die damit zum vierten Male hintereinander verboten worden iſt.

Der umgefallene Bulach-Sproß.

Vor dem Kolmarer Appellationsgerichtshof fand der Berufungsprozeß des Barons Klaus Zorn v. Bulach ſtatt, der vom Straßburger Gericht wegen Bedrohung des Straßburger Präfekten mit dem Tode zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Zorn v. Bulach teilte in dieſer Sitzung mit, daß er dem Präfekten ſchriftlich ſein Bedauern ausgeſprochen habe. Gleichzeitig habe er dabei erklärt, daß er ſich endgültig von den politiſchen Parteien zurückziehen werde. „Ich halte dieſe Erklärung — fuhr Zorn v. Bulach fort — in vollem Umfange aufrecht und füge hinzu, daß ich mir darüber Rechenſchaft abgelegt habe, daß gewiſſe Leute der autonomiſtiſchen Partei meine Perſon mißbrauchten und mich als Sündenbock benutzen wollten. Ich bin mir auch klar geworden, daß mein guter Glaube von dieſen Herren getäuſcht worden iſt. Als ich mir deſſen bewußt geworden bin, habe ich es bedauert, mich in eine ſo ſchmutzige Angelegenheit wie in die Politik gemiſcht zu haben und will mich aus dieſer Politik zurückziehen." Der Angeklagte erklärte dann u. a. weiter, daß er perſönlich nicht die geringſten Beziehungen zu der deutſchen Regierung oder zu deutſchen Perſönlichkeiten gehabt habe. Er lege Wert darauf, loyal zu ſagen, daß er ſich auf einem falſchen Weg befunden habe und werde in Zukunft verſuchen, ſoviel als möglich das Unrecht gutzumachen, das er etwa begangen habe. Er werde ſein Land über die wahre Geſinnung der Leute aufklären und hoffe, ſich ſo vor der öffentlichen Meinung Frankreichs zu rechtfertigen. **Er habe ſich ſtets als Franzoſe betrachtet**, was ſeine Haltung vor dem Kriege beweiſe. — Das Urteil wird in acht Tagen erwartet.

Discoll und Rowlands hingerichtet.

London, 27. Jan. In Cardiff wurden heute, nachdem der als Innenminiſter fungierende Außenminiſter Chamberlain den letzten geſtern von den Geſchworenen unternommenen Appell abgelehnt hatte, die beiden wegen Mordes an dem Boxer David Lewis zum Tode verurteilten Bergleute Discoll und Rowlands hingerichtet. Vor den Barrikaden, die rund um das Gefängnis errichtet waren, hatten ſich in den frühen Morgenſtunden 500 Perſonen angeſammelt, die auf den Knien für die als Märtyrer angeſehenen Verurteilten beteten. Viele Frauen wurden ohnmächtig und wurden von der Polizei aus der Menge getragen. Demonſtrationen fanden jedoch nicht ſtatt, und nachdem die Vollſtreckung des Todesurteils an den Toren des Gefängniſſes angezeigt war, verzog ſich die Menge in Ruhe und Ordnung.

„Englands verlorene Legion am Rhein."

London, 28. Jan. Der konſervative „Daily Expreß" veröffentlicht heute an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die engliſche Oeffentlichkeit, der in der Frage gipfelt: „Wie lange ſoll die vergeſſene britiſche Legion noch am Rhein bleiben?" Man habe in England wieder einmal vergeſſen, daß noch immer 6000 engliſchen Soldaten auf deutſchem Boden ſtehen, welche abſolut nichts anderes zu tun haben, als ſich und den Deutſchen zur Laſt zu fallen. „Wir unterhalten in Deutſchland ein Fragment einer Streitmacht. Die Truppen befinden ſich in einem Zuſtand verheerender und ſinnloſer Untätigkeit. Was in aller Welt ſollen unſere Soldaten dort tun? Sollen ſie Deutſchland in Furcht halten, die Abrüſtung erzwingen, oder gar Verſtöße gegen den Verſailler Vertrag beſtrafen? Für alle dieſe Zwecke ſind die 6000 Mann lächerlich unzureichend. Auch wenn ſie für jede ernſte Aktion unbrauchbar ſind, iſt ihre Anzahl doch groß genug, um dem Geiſt des deutſchen Nationalismus als rotes Tuch zu dienen. Sie ſtellen eine Mahnung dar an Ereigniſſe, die beſſer vergeſſen würden." Ein Sonderkorreſpondent des genannten Blattes hat das Standquartier der engliſchen Truppen in Wiesbaden beſucht und berichtet, daß die Truppen ſelbſt ſich und anderen überdrüſſig ſeien. Immer wieder höre man die Frage, wie lange ſoll das noch weiter gehen? In dem Leitartikel kommt der Korreſpondent zu der klaren Antwort: Die Truppen ſollen unverzüglich in die Heimat gebracht werden. Der Artikel ſchließt: „Die Komödie iſt lange genug geſpielt worden. Die Leute ſollen unverzüglich heimgebracht werden." Das Blatt Lord Beaverbrooks ſtellt dabei die Beſatzungsfrage unter einem neuen Geſichtswinkel dar, der bei der wechſelnden Wahlkampfſtimmung unter Umſtänden eine ſtarke Wirkung haben kann. Die konſervativen Organe dürften ſelbſt am beſten ſich darüber klar ſein, daß die Beſatzungsfrage politiſch heute noch immer ſehr kompliziert iſt. Es iſt ſchwer, vorauszuſagen, was geſchehen kann, wenn der Hinweis auf die Verſchwendung engliſchen Menſchenmaterials für einen unwürdigen Zweck im breiten Publikum Widerhall findet.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 30. Jan. Die geſtrige Generalverſammlung des Turnvereins hatte zahlreichen Beſuch aufzuweiſen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorſtand Finkbeiner der mit Tod abgegangenen Mitglieder Franz Metzl, Franz Andräs und Robert Girrbach, deren Andenken die Verſammlung wie üblich ehrte. Im beſonderen würdigte er die Verdienſte des unlängſt verſtorbenen Oberturnwarts der Deutſchen Turnerſchaft, Max Schwarze, um das deutſche Turnen in längeren Ausführungen; ſein Andenken ehrte die Verſammlung durch Erheben von den Sitzen. Hierauf erſtattete der Vorſtand den Jahresbericht; die Vereinsgeſchäfte wurden in vier Verſammlungen und ſieben Ausſchußſitzungen erledigt. Im Vordergrund ſtand die Zuſammenſchlußfrage zwiſchen Unt. Schwarzwaldgau und Enz-Pfinzgau; die Beſtrebungen endeten in Schwann mit einem Mißerfolg, woran der Untere Schwarzwaldgau keine Schuld trage. Er erwähnte das zweimal verregnete Gauturnfeſt in Engelsbrand, wobei die Turner wacker aushielten, das Jugendturnen in Conweiler, bei dem mehr das Jugend- und Schülerturnen in den Vordergrund [illegible] fallen, als das Wetturnen, das Werbeſchwimmen, das Herbſtſchauturnen, das infolge der Ungunſt des Wetters in der Turnhalle abgehalten werden mußte, wobei die Teilnahme der Bevölkerung zu wünſchen übrig ließ, die Weihnachtsunterhaltung, die ebenfalls ſchwachen Beſuch zeigte, und den Gautag in Schwann, wobei die Zuſammenſchlußfrage mit dem Nagoldgau ihre Erledigung fand und gleichzeitig der Abſchied des bewährten Gauvertreters Strohmaier damit verbunden war. Zum gemeinſamen Gautag in Liebenzell waren die Vertreter des Vereins entſandt; hierüber erſtattete der Vorſitzende ausführlichen

---

Des Herzens Not

Roman von Fr. Lehne.

23. Fortſetzung. Nachdruck verboten

„Kleine, Dicke, Schwarze ſind aber nicht mein Geſchmack, Herr Baron," lachte Krafft, „ein wenig gefallen muß mir meine zukünftige Frau ſchon!"

„Wie iſt denn Ihr Geſchmack, Herr Inſpektor?" forſchte Gerda, ihm lächelnd in die Augen ſehend, „wohl groß, ſchlank, blond?"

„Eigentlich ſind mir brünette Frauen lieber — nur klein und dick dürfen ſie nicht ſein — blonde haben zuweilen etwas Langweiliges an ſich!"

„Aber Fräulein von Buchwaldt ſicher nicht," ſagte Gerda, „und ſie iſt doch blond!"

„Nein, Fräulein von Buchwaldt nicht," entgegnete er ruhig, Gerdas Blick ſtandhaltend.

„Nun, wie gefällt ſie Ihnen?" fragte der Baron lächelnd, „doch ein Prachtmädel, was?"

„Die junge Dame iſt für mich der Inbegriff alles Reinen und Weiblichen," ſagte er warm, „ſie hat ſo etwas Ruhiges, Gütiges an ſich."

„Dann rate ich Ihnen, ſich dazu zu halten," ſcherzte der Baron gut gelaunt.

„Aber, Joachim," mahnte ſeine Gattin, „Herr Inſpektor wird ſchon wiſſen —," ſie war ungehalten über die Art und Weiſe ihres Mannes. Er vergaß zu leicht die Schranken, die zwiſchen ihm und ſeinen Untergebenen beſtehen mußten — er war ja ſchon beinahe auf du und du mit dem Inſpektor! Wenn der nicht ein ſo feiner, taktvoller Mann geweſen wäre, hätte das Verhältnis zwiſchen beiden leicht zu familiär werden können, was ſich auf die Dauer nicht hätte halten können. Glücklicherweiſe ließ ſich Krafft niemals eine unpaſſende Vertraulichkeit zuſchulden kommen.

„Na, na —," entgegnete der Baron auf die Bemerkung ſeiner Frau, „es gibt Leute, die man erſt mit der Naſe auf ihr Glück ſtoßen muß — und Katharine Buchwaldt iſt ſehr geſucht hier. Solch' ein Mädel gibt's ſo leicht nicht zum zweiten Male — die verſteht die Landwirtſchaft aus dem ff — das Herz lacht einem ordentlich, wenn man ihr ſo zuſieht —."

„Aber, Papa, wenn du dies für das Höchſte hältſt, dann kannſt du mich doch auch darin unterweiſen, und ich verſpreche dir, eine gelehrige Schülerin zu ſein. Intereſſe hab' ich!"

„Seit wann haſt du denn für Landwirtſchaft Intereſſe, Mädel? Ach ſo! Du fängſt damit an, die Truthühner mit deinem roten Kleid zu ärgern," lachte der Baron. „Mamſell hat es mir erzählt, und dann überfütterſt du die Kücken und putzt den Kutſcherskindern die ſchmutzigen Näschen, ſpielſt dort Kindermädchen —."

„Aber Papa —" Gerda wurde dunkelrot.

„Davon höre ich erſt heute," ſagte die Baronin verwundert. „Aber, Gerda! Wohin verirrſt du dich, mein Kind —?"

„Sei nur ruhig, Mama, ich vergeſſe niemals, niemals, daß ich eine Baroneß Freeſen bin," entgegnete ſie, und ihr reizendes Geſichtchen nahm einen hochmütigen Zug an, „es macht mir eben Spaß, und die Kinder ſind wirklich niedlich."

„Laß ſie doch, Leonore," meinte der Baron, „ich hab' mich wirklich darüber gefreut! Und es iſt eine unſchuldige Freude für Gerda, du weißt, jeder neue Sport reizt ſie —."

Krafft ſah von ſeinem Teller auf und blickte auf Gerda. Alſo Sport, nur ein neuer Sport waren ihr die Kinder, und die ſüße Weichheit in ihren Zügen, die ihn damals ſo unbeſchreiblich gefeſſelt hatte, war auch nur ein Ausfluß der Freude an jenem Sport und nicht ihrer innerſten Geſinnung. Das junge Mädchen ärgerte ſich über den Ausdruck in Kraffts Geſicht; ſie ahnte, was er dachte, und das ſtachelte ihren Trotz und ihren Widerſpruchsgeiſt an.

„Wie du recht haſt, Papa! — Gott, was gehen mich im Grunde die Gören an. Jetzt wundere ich mich ſelbſt über mein Intereſſe an den ſchmutzigen Kindern. Ich langweile mich eben — — na, wenn Hellmut da iſt, wird man wenigſtens etwas Abwechſlung haben; man kommt ja rein um hier!" Ihre Stimme klang ſcharf und kalt, als ſie das ſagte.

„Vor Langeweile, mein Kind, kann ich dich nicht ſchützen," entgegnete der Baron ernſt. „Kluge Leute langweilen ſich überhaupt nicht, weil ſie ſtets etwas haben, das ihren Geiſt beſchäftigt! — Ich glaube nicht, daß Katharine Buchwaldt ſich ſchon jemals in ihrem Leben gelangweilt hat, und ſie genießt nicht die Vergnügungen wie du!"

Hochmütig ſchürzte Gerda die Lippen und ſagte etwas geringſchätzig:

„Ja, natürlich, Katharine — die iſt ja dein Ideal, Papa, die tut nichts Unrechtes — da muß ich mich freilich verſtecken! Neben ihr komme ich nicht auf!"

„Kindskopf!" ſchalt der Baron. Er ſagte aber weiter nichts, um in Kraffts Gegenwart nicht unangenehme Erörterungen herbeizuführen. Der ſtand jetzt vom Tiſche auf und bat um die Erlaubnis, ſich zurückziehen zu dürfen, da er noch einige Briefe zu ſchreiben habe. Für gewöhnlich hielt ihn der Baron noch im Geſpräch feſt und rauchte mit ihm eine Zigarre, während die Baronin ſich meiſtens nach dem Abendeſſen gleich zurückzog; ſie konnte Zigarrenrauch abſolut nicht vertragen, und wiederum verzichtete der Baron nicht gern auf die gewohnte Abendzigarre.

„Ich begreife nicht, Joachim," ſagte die Baronin kurz, „wie du in des Inſpektors Gegenwart alle möglichen Dinge hervorbringſt und Gerda brüskierſt! Was muß der Mann denken!"

„Das iſt mir egal! Er wird mir übrigens recht geben, denn Gerda iſt manchmal unberechenbar!"

„O weh, da geht es über mich her," ſagte ſie, ſich die Ohren zuhaltend. „Da möchte ich mich lieber gleich zurückziehen! Es iſt ſchon bald neun vorüber; wir haben heut' aber ſpät gegeſſen, und ich bin müde! — Morgen früh nimmſt du mich wieder mit, Pa', ja? Gute Nacht!"

Sie küßte ihrer Mutter die Hand, gab ihrem Vater einen freundſchaftlichen Schlag auf die Schulter und ging dann hinaus.

(Fortſetzung folgt.)

LANDKREIS
CALW
Kreisarchiv Calw

das Unrecht gutzumachen, das
rde ſein Land über die wahr
ren und hoffe, ſich ſo vor der
chs zu rechtfertigen. Er habe ſich
as ſeine Haltung vor dem Kriege
acht Tagen erwartet.

olands hingerichtet.

rdiff wurden heute, nachdem der
Außenminiſter Chamberlain den
worenen unternommenen Appell
gen Mordes an dem Boxer Davi
Bergleute Discoll und Rowlands
den, die rund um das Gefängnis
den frühen Morgenſtunden ſich
uf den Knien für die als Mär
n beteten. Viele Frauen wurden
der Polizei aus der Menge ge
en jedoch nicht ſtatt, und nachdem
teils an den Toren des Gefäng
ſich die Menge in Ruhe und

e Legion am Rhein.“

onſervative „Daily Expreß“ ver
des Blattes einen Aufruf an die
der Frage gipfelt: „Wie lange
egion noch am Rhein bleiben?“
einmal vergeſſen, daß noch immer
deutſchem Boden ſtehen, welche
haben, als ſich und den Deutſchen
rhalten in Deutſchland ein Frag
Truppen befinden ſich in einem
loſer Untätigkeit. Was in aller
ort tun? Sollen ſie Deutſchland
ng erzwingen, oder gar Verſtöße
beſtrafen? Für alle dieſe Zwecke
unzureichend. Auch wenn ſie für
e ſind, iſt ihre Anzahl doch groß
utſchen Nationalismus als rotes
ine Mahnung dar an Ereigniſſe,
Ein Sonderkorreſpondent bei
andquartier der engliſchen Trup
berichtet, daß die Truppen ſelbſt
ſeien. Immer wieder höre man
s noch weiter gehen? In dem
pondent zu der klaren Antwort:
ch in die Heimat gebracht werden.
komödie iſt lange genug geſpielt
verzüglich heimgebracht werden.“
s ſtellt dabei die Beſatzungsfrage
nkel dar, der bei der wechſelnden
Umſtänden eine ſtarke Wirkung
Organe dürften ſelbſt am beſten
e Beſatzungsfrage politiſch heute
t. Es iſt ſchwer, vorauszuſagen,
Hinweis auf die Verſchwendung
für einen unwürdigen Zweck im
indet.

und Bezirk.

geſtrige Generalverſamm
hatte zahlreichen Beſuch aufzu
Tagesordnung gedachte Vorſtand
abgegangenen Mitglieder Franz
ert Girrbach, deren Andenken die
. Im beſonderen würdigte er die
rbenen Oberturnwarts der Deut
arte, um das deutſche Turnen in
Andenken ehrte die Verſammlung
. Hierauf erſtattete der Vorſtand
tsgeſchäfte wurden in vier Ver
ſchußſitzungen erledigt. Im Vorder
lußfrage zwiſchen Unt. Schwarz
die Beſtrebungen endeten
lg, woran der Untere Schwarz
Er erwähnte das zweimal ver
brand, wobei die Turner wacker
in Conweiler, bei dem mehr das
n den Vordergrund [illegible]
s Werbeſchwimmen, das Herbſt
ungunſt des Wetters in der Turn
e, wobei die Teilnahme der Be
ließ, die Weihnachtsunterhaltung,
uch zeigte, und den Gautag in
nſchlußfrage mit dem Nagoldgau
ichzeitig der Abſchied des bewähr
damit verbunden war. Zum ge
ell waren die Vertreter des Ver
tete der Vorſitzende ausführlichen

---

venn Hellmut da iſt, wird man
ng haben; man kommt ja rein
ng ſcharf und kalt, als ſie das

n Kind, kann ich dich nicht
ron ernſt. „Kluge Leute lang
weil ſie ſtets etwas haben, das
Ich glaube nicht, daß Katha
mals in ihrem Leben gelang
cht die Vergnügungen wie du!“
a die Lippen und ſagte etwas

ne — die iſt ja dein Ideal,
ites — da muß ich mich ſtreb
mme ich nicht auf!“
Baron. Er ſagte aber weiter
nwart nicht unangenehme Er
Der ſtand jetzt vom Tiſche auf
ſich zurückziehen zu dürfen, da
hreiben habe. Für gewöhnlich
Geſpräch feſt und rauchte mit
die Baronin ſich meiſtens nach
kzog; ſie konnte Zigarrenrauch
nd wiederum verzichtete der
wohnte Abendzigarre.
chim,“ ſagte die Baronin kurz,
egenwart alle möglichen Dinge
üskierſt! Was muß der Mann

wird mir übrigens recht [illegible]
berechenbar!“
r mich her,“ ſagte ſie, ſich die
ie ich mich lieber gleich zurück
eun vorüber; wir haben heut'
bin müde! — Morgen früh
. Pa', ja? Gute Nacht!“
die Hand, gab ihrem Vater
ng auf die Schulter und ging

(Fortſetzung folgt.)

Bericht. Es kann erhofft werden, daß der neue Gau, dem 62 Vereine angehören, die in ihn geſetzten Hoffnungen erfüllt, denn kleine Gaue konnen keine erſprießliche Arbeit leiſten. Zehn Eintritten ſtehen 62 Austritte gegenüber, letztere ſind zum großen Teil auf Wegzug zurückzuführen, doch zeigen die Namen jener Austretenden, welche am Platze verblieben, einen bedauerlichen Mangel an Verſtändnis für die Beſtrebungen des Turnvereins; der geſamte Mitgliederſtand beträgt heute 240. Frauenturnwart Röck gab ſeinem Bedauern über dieſe Tatſache Ausdruck und richtete einen warmen Appell an alle Anweſenden, wie an die Eltern und Angehörigen der Jugend, ihre Söhne und Töchter dem Turnverein zuzuführen, wo ſie gut aufgehoben ſeien. Zweiter Schriftführer Höhn gab die Protokolle der Verſammlungen und Ausſchüſſe bekannt. Der von Kaſſier Röck erſtattete Kaſſenbericht weiſt auf an Einnahmen Mk. 2419.22, an Ausgaben Mk. 2416.90, in der Kaſſe ſind Mk. 32.30, das Vereinsvermögen beträgt Mk. 440.88. Die Kaſſe war geprüft und in beſter Ordnung befunden worden, Schriftführer und Kaſſier wurde der Dank für ihre gewiſſenhafte Tätigkeit ausgeſprochen und dem Kaſſier Entlaſtung erteilt. Nach dem Turnbericht von Turnwart Ferenbach turnten 567 Aktive in 75 Turnſtunden, 937 Zöglinge in 88 Turnſtunden, 1022 Damen in 76 Turnſtunden. Zum Punkt Neuwahlen wies der Vorſtand auf die in zwei Ausſchußſitzungen gemachten Verſuche hin, eine Löſung der Vorſtandsfrage herbeizuführen. Ausſchußmitglied Mahler ſei es durch perſönliche Fühlungnahme gelungen, Herrn Studienrat Großmann für den Poſten eines zweiten Vorſtands zu gewinnen, um das nächſte Mal zum erſten Vorſitzenden vorzurücken. Aus dieſem Grunde habe er ſich entſchloſſen, das Amt als Vorſtand nochmal zu übernehmen. Mit großer Befriedigung nahm die Verſammlung hievon Kenntnis u. wählte einſtimmig Herr Studienrat Großmann zum zweiten Vorſtand. Dem Gewählten geht der Ruf eines Mannes voraus, der für das deutſche Turnen und für die deutſche Jugendbewegung großes Verſtändnis hat, und es wurde der Genugtuung Ausdruck verliehen, daß man in ihm eine tüchtige Kraft gewonnen habe. Vorſtand Finkbeiner wurde neu in ſeinem Amt beſtätigt, ebenſo erſter Schriftführer Gremmer und zweiter Schriftführer Höhn. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Kaſſiers Röck wurde Emil Schäfer gewählt. Turnwart Ferenbach ſtellte ſich wieder zur Verfügung, zum zweiten Turnwart wurde für Max Höhn, der aus geſchäftlichen Gründen ablehnen mußte, Fred Wieland gewählt. Mädchenturnwart Richard Höhn ließ die Erklärung abgeben, das Amt wieder zu übernehmen, ebenſo ſtellte ſich Damenturnwart Fritz Röck wieder zur Verfügung. Als Schülerturnwarte erklärten ſich bereit Wilhelm Titelius und Fritz Röck ſen., Unterkaſſier Jörger nahm ſeinen Poſten ebenfalls wieder an. Zum Fähnrich wurde Eduard Röck beſtimmt. In den Ausſchuß wurden gewählt: Eugen Mahler, Fritz Höhn, Albert Boſch, Wilhelm Kainer. Vorſtand Finkbeiner nahm Veranlaſſung, allen Vereinsbeamten wie auch den Turnern für ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr zu danken und bat ſie, auch heuer wieder ihre Kraft der Turnſache zur Verfügung zu ſtellen und um neue Kräfte zu werben, wo immer Gelegenheit gegeben ſei. Unter Verſchiedenes wurde ein Kappenabend am 11. Februar beſchloſſen, wobei den Damen und Aktiven eine kleine Aufmerkſamkeit bereitet werden ſolle. Die Dirigentenfrage, die, nachdem der Vertrag mit Dirigent Gottſchalk abgelaufen war, neu zu regeln iſt, wurde den beiden Ausſchüſſen übertragen. Ueber turneriſche Fragen berichtete Frauenturnwart Fritz Röck, der geſtern Sonntag an einem Damenkurs des Unteren Bezirks in Wildbad teilnahm, dem eine Beſprechung des techniſchen Ausſchuſſes vorausging. Er konnte mitteilen, daß ein friſcher Wind im neuen Gau wehe und berichtete über das Jahresprogramm: darnach findet ſtatt am 25.—26. Februar Turnwarteverſammlung in Neuenbürg wozu Freiquartiere erbeten werden, 10.—11. März Frauenturntag in Nagold, 6. Mai Gauwandertag, vorausſichtlich nach Hochdorf, 17. Mai Ausſcheidungskämpfe für das Deutſche Turnfeſt im Frauenturnen in Feuerbach, 20. Mai Ausſcheidungskämpfe für das Deutſche Turnfeſt im Männerturnen in Eßlingen, 15. Juli Gauſchwimmen im Oberen Bezirk, Nagold oder Horb, 21.—30. Juli Deutſches Turnfeſt in Köln, 19. Auguſt Gauturnfahrt nach Schwann, mit turneriſchen Uebungen in Ober- und Unterſtufe, ohne Geräte. Ueber Zweck und Ziel einer von ihm geleiteten Leichtathletik-Abteilung, die bis jetzt am Samstag übt und etwa 25 Mann zählt, berichtete Fritz Röck. Er gab darüber ſeine Gedankengänge bekannt, und wie dieſelbe nutzbar auch für den Turnverein gemacht werden könnte. Darüber ſetzte eine längere Ausſprache ein, in welcher die Anſchauungen ſehr auseinander gingen. Man einigte ſich dahin, die Sache zunächſt zu erproben und dann ſpäter ſeine Maßnahmen zu treffen. Der Turnverein behalte vor allem die Führung; am Dienstag Geräteturnen wie ſeither, Donnerstag Leichtathletikübungen, woran jeder junge Mann teilnehmen kann, evtl. auch Geräteturnen. Vorſtand Finkbeiner ermahnte alle Turner, auch jene, die nicht anweſend ſind, zurückzukehren zum Turnverein und mitzuwirken für die Beſtrebungen des Vereins. Turner-Senior Fritz Höhn richtet einen feurigen Appell an die jungen Turner, Kameradengeiſt zu pflegen und feſt zuſammenzuhalten und ſich als wackere deutſche Turner zu betätigen. Mit einem gemeinſam geſungenen Lied und einem Vortrag des Turnergeſangvereins klang die Verſammlung harmoniſch aus.

Neuenbürg, 30. Jan. Zu dem Autounfall des Herrn Waidner, Pforzheim, iſt folgendes berichtigend feſtzuſtellen: Waidner kam nicht von Engelsbrand her gefahren, ſondern wollte an der ſchmalen Straßenkurve, wo der Weg von Engelsbrand und Neuenbürg zuſammenführt, umdrehen. Da es ſich um eine ſehr kurze, ſcharfe Kurve handelt, und das andauernde Regenwetter das Erdreich aufgeweicht hatte, gab dasſelbe nach, der Wagen kam ins Rutſchen und geriet trotz vorſichtigſter Steuerung in das etwa 2 Meter tiefer liegende Bachbett, ohne ſich jedoch zu überſchlagen. Außer dem Lenker befand ſich niemand in dem Wagen, dieſer erhielt nur belangloſe Beſchädigungen und brauchte nicht abgeſchleppt zu werden, wofür auch die Tatſache ſpricht, daß Herr Waidner mit drei Perſonen, die ihm bei Bergung des Wagens behilflich waren, das Auto in die Autoreparaturwerkſtätte König fahren konnte, wo er es, vollſtändig wieder hergeſtellt, bereits am Sonntag wieder übernehmen konnte.

(Wetterbericht.) Im Weſten und Oſten liegt Hochdruck. Eine Depreſſion bei Island ſtößt aber gegen den Kontinent vor. Für Dienstag und Mittwoch iſt deshalb wieder zeitweiſe bedecktes, wenn auch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 30. Jan. Am Samstag abend hat das hieſige Sportkartell ſeine Abendunterhaltung im Gaſthaus zum „Löwen“ abgehalten, welche gut beſucht war. Die Begrüßung der Anweſenden erfolgte durch Vorſtand G. Stumpp; er gab dem Wunſche Ausdruck, daß es allen Anweſenden in ihren Reihen gut gefallen möge. Das Programm eröffnete eine Abteilung des Streichorcheſter-Vereins mit einem ſchneidigen Marſch, ihm folgte der neu gegründete Arbeiter-Geſangverein mit zirka 60 Sänger mit dem Volkchor „Empor zum Licht“, alle Anweſenden waren geſpannt, was der neu gegründete Verein mit ſeinem rührigen Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Glanner, zum erſtenmal auf der öffentlichen Bühne zu leiſten vermag, aber man mußte zugeben, daß in dieſer kurzen Zeit vieles geſchafft wurde, hatte doch der Verein ſchon fünf Lieder vorgetragen. Gewiß braucht der junge Verein noch gute Schulung und müſſen manche Stimmen noch beſſer ausgeglichen werden, aber wir ſind zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit einem guten Willen und Tatkraft der Sänger hier ſchon ſehr vieles gewonnen iſt; uns ſcheint, daß dies vorhanden iſt. Ein proletariſches Kampfſtück in vier Aufzügen wurde vorgeführt, dasſelbe machte einen tiefen Eindruck, die Rollen waren gut verteilt und der Sinn ſeines Schöpfers ſehr gut wiedergegeben. Das Luſtſpiel „Hummel und Hummel“ ſetzte die Lachmuskeln in Bewegung. Theater, Geſang und Muſik wechſelten miteinander ab, ſo daß der Abend als ein gut gelungener bezeichnet werden kann. Sämtlichen Mitwirkenden, beſonders dem Herrn Dirigenten, volle Anerkennung. Mit dem Wunſche: Vorwärts im neuen Jahr ſchloß der Vorſitzende die Feier.

Württemberg.

Weilderſtadt, 28. Jan. (Eine dumme Geſchichte.) Zwei Wirte von hier gerieten in einer hieſigen Wirtſchaft miteinander in Streit. In deſſen Verlauf biß der eine den andern in die Naſe und in einen Finger. Die Biſſe ſind nicht ungefährlich. Einer der Gebiſſenen liegt ſchwer krank darnieder.

Reutlingen, 29. Jan. (Vorſtandsſitzung der Handwerkskammer.) Die Handwerkskammer veranſtaltete in Nürtingen eine Vorſtandsſitzung, auf der Syndikus Eberhardt einen Tätigkeitsbericht erſtattete. Im letzten Vierteljahr wurden 700 Lehrlinge angemeldet. Die Frühjahrsgeſellenprüfung 1928 ſollen 2018 Lehrlinge ablegen gegen 1872 im Vorjahr und 1292 im Frühjahr 1926. Im Güteverfahren kamen 120 Fälle im Wert von rund 28 000 Mark zur Erledigung. Gewünſcht wurde, daß die Handwerkskammerbeiträge auf dem Steuerzettel der Gemeinden aufgeführt werden. Berichtet wurde über die beiden letzten Sitzungen des Württ. Kammertags und die dort gefaßten Beſchlüſſe. Ehrenurkunden für langjährige treue Dienſte in ein- und demſelben Betrieb wurden wieder mehrere verliehen.

Möhringen a. F., 28. Jan. (Eiferſuchtsdrama.) Der 18jährige Willy Schmidt von hier ſchoß geſtern abend in der Tübingerſtraße auf die 17jährige Klara Walz von hier, mit der er längere Zeit ein Verhältnis gehabt hatte, das aber von ihr vor einiger Zeit gelöſt worden war. Die Kugel wurde an einer Haarnadel abgelenkt, ſodaß das Mädchen unverletzt blieb. Schmidt richtete hierauf die Waffe gegen ſich ſelbſt und ſchoß ſich eine Kugel durch den Kopf, die um ½12 Uhr ſeinen Tod herbeiführte.

Heilbronn, 28. Jan. (Auf dem Transport entwichen und in den Neckar geſprungen.) Am Freitag vormittag 10½ Uhr wurde der wegen Notzucht und Blutſchande von einer auswärtigen Behörde ſteckbrieflich verfolgte 27 Jahre alte Bauarbeiter Johann Englert von Sennfeld BA. Schweinfurt von der Kriminalpolizei feſtgenommen. Auf dem Transport zum Polizeigefängnis unternahm er einen Fluchtverſuch, wobei es ihm gelang, über verſchiedene Gartenzäune hinweg, die Freiheit wieder zu gewinnen. Bei der ſofort aufgenommenen Verfolgung iſt es unter Mitwirkung einiger Arbeiter gelungen, den Flüchtling erneut feſtzunehmen. Kurz nach der Feſtnahme ſprang er oberhalb des eiſernen Stegs, als er keinen anderen Ausweg mehr ſah, in den Neckar. Er iſt jedoch, als ihm das Waſſerbad zu kalt wurde, nach kurzer Zeit freiwillig an das Ufer zurückgekehrt.

Ellhofen, OA. Heilbronn, 29. Januar. (Ueberfall auf eine Poſtkutſche.) Einen frechen Ueberfall verübte Freitag abend ein jüngerer Burſche auf die täglich zwiſchen Lehrenſteinsfeld und Weinsberg verkehrende Poſtkutſche, die von dem Sohn des Gemeinderats Maier von Lehrenſteinsfeld gefahren wird. Als die Poſtkutſche Donnerstag nacht wiederum auf dem Heimweg von Weinsberg nach Lehrenſteinsfeld unterwegs war, ſprang plötzlich auf dem Hirſchberg ein junger Mann dem Pferd in die Zügel mit dem Ruf: „Sofort anhalten“. Ein Fahrrad, das der Angreifer bei ſich hatte, warf er vorher in den Straßengraben. Der Lenker des Pferdes erkannte ſofort die Gefahr und trieb das Pferd mit kräftigen Schlägen an, was zur Folge hatte, daß das Pferd in die Höhe ſtieg und den Angreifer auf die Seite ſchleuderte. Der Mißerfolg hielt den Räuber aber an der Tat nicht ab, denn er wiederholte ſein Vorhaben noch zweimal und verfolgte das Gefährt bis nach Ellhofen, wo er dann bei der Poſthalteſtelle verſchwand. Die Landjägermannſchaft iſt eifrig auf der Suche nach dem Täter.

Ottenbach OA. Göppingen, 28. Jan. (Von einem Baum erſchlagen.) Der led. 67 Jahre alte Kleinbauer und Waldarbeiter Sebaſtian Klaus verunglückte dadurch, daß er von den Aeſten einer zu früh ſtürzenden Eiche, der er, weil er zu Fall kam, nicht mehr ausweichen konnte, erſchlagen wurde. Kurze Zeit nach dem Unglücksfall trat der Tod ein.

Tailfingen, 29. Jan. (Freiſpruch.) In der Strafſache gegen den Poſtkraftwagenführer Stengele-Ebingen wegen des vorjährigen Kraftwagenunfalls in Meßſtetten, dem der 66jährige Landwirt Eppler in Meßſtetten zum Opfer fiel, wurde Stengele freigeſprochen.

Ulm, 28. Januar. (Ein betrügeriſcher Heilkundiger.) Die große Strafkammer Ulm verurteilte im Berufungsverfahren den 29 Jahre alten, mehrfach vorbeſtraften Naturheilkundigen Gg. Steck hier wegen Betrugs im Rückfall unter Einrechnung einer im vorigen Jahr ebenfalls wegen Betrugs im Rückfall ihm zuerkannten dreimonatlichen Gefängnisſtrafe zu einer Geſamtgefängnisſtrafe von ſechs Monaten. Steck iſt gelernter Elektrotechniker, beſuchte die Volksſchule, will aber durch Privatſtudium aus Büchern uſw. die Befähigung zur Ausübung der Heilkunde erlangt haben, die er urſprünglich auswärts (in Böblingen, Eßlingen, Göppingen), dann aber hier betrieb. Er nennt ſich Privatpſychologe und führte einen Stempel mit der Bezeichnung „Privatpſychologiſches Inſtitut Ulm, Direktion Gg. Steck“. Von Anfang März bis Mitte Juni 1926 behandelte er gänzlich erfolglos den jetzt 9 Jahre alten Sohn der Hafnermeiſtersehleute K. in Günzburg, der mit zwei Jahren infolge einer Gehirnhautentzündung Gehör und Sprache verloren hatte und dem ſelbſt anerkannte Fachärzte nicht zu helfen vermochten, wobei er einen von ihm ſelbſt zuſammengeſetzten elektriſchen Apparat benützte. Den Eltern verſprach er wiederholt ſichere und vollſtändige Wiederherſtellung des Kindes binnen eines Vierteljahrs und gab auch der Wahrheit zuwider an, er habe auch ſchon drei Taubſtumme geheilt. Für Behandlung einſchließl. Stromverbrauch, Queckſilber und Apparate nahm er den hilfeſuchenden Eltern 253 M. ab und verlangte ſchließlich noch eine weitere Vorauszahlung von 100 Mark, worauf ſie aber, da nach dreieinhalbmonatlicher Behandlung ein Erfolg nicht eintrat, nicht eingingen. Er erhielt im September vor. Js. vom Schöffengericht Ulm wegen Betrugs vier Monate Gefängnis, gegen welche Strafe er Berufung einlegte. Da ſich Zweifel bezüglich ſeiner Zurechnungsfähigkeit ergaben, wurde er in der pſychiatriſchen Klinik in Tübingen auf ſeinen Geiſteszuſtand beobachtet und als geiſtig normal befunden. Das Berufungsgericht erkannte nun auf obige Strafe.

Langenau, OA. Ulm, 29. Jan. (Von der Landeswaſſerverſorgung.) Das hieſige Stadtſchultheißenamt macht auf Verlangen der Landeswaſſerverſorgung bekannt, daß das Düngen mit Stalldünger in der Nähe des Waſſerſtranges verboten iſt. Damit iſt doch zugegeben, daß das obere und untere Grundwaſſer miteinander Verbindung hat. — In Sachen der Landeswaſſerverſorgung findet nächſter Tage ein Gerichtstermin ſtatt, wobei auch hieſige Perſonen vernommen werden ſollen, die angeblich beſtätigen, daß die Riſſe im Moos ſchon vor Beginn der Arbeiten der Landeswaſſerverſorgung beſtanden hätten. Vor einiger Zeit war in der Gegend der Seemühle ein auffallend hoher Waſſerſtand zu beobachten, während gleichzeitig in der Gegend der Sitzenmühle eine ſtarke Quelle verſiegt iſt. Wie ſich herausſtellte, wurde eine Faſſung abgeſtellt und die neue Faſſung 3 in Betrieb geſetzt. Daß die Quelle infolge anhaltender Trockenheit verſiegt iſt, kann man wohl kaum behaupten.

Buchau a. F., 28. Jan. (Gut abgelaufen.) Dieſer Tage verſuchten zwei 5 und 3½ Jahre alte Brüder die Feſtigkeit des Stadtbacheiſes zu prüfen und brachen ein. Während es dem älteren gelang, ſich wieder herauszuarbeiten, ging der jüngere an der etwas tiefen Stelle unter. Der größere hatte noch die Geiſtesgegenwart, ſich flach auf den Boden zu legen und ſein Brüderlein am Kopf zu faſſen und herauszuziehen, um ſo ein Lebensretter zu werden.

Gaildorf, 29. Jan. (Kindstötung.) Durch Oberlandjäger Mühle in Mittelfiſchach wurden zwei Frauensperſonen von Herlebach Gde. Oberfiſchach dem Amtsgericht Gaildorf eingeliefert, die im Verdacht ſtanden, ein uneheliches Kind gleich nach der Geburt getötet und verſcharrt zu haben. Die uneheliche Mutter hat bereits ein Geſtändnis abgelegt. Das Kind wurde hinter dem elterlichen Hauſe begraben vorgefunden. Die eingeleitete Unterſuchung dürfte weitere Aufklärung geben.

Neueſte Nachrichten.

Stuttgart, 29. Jan. Das Reichsgericht hat als Staatsgerichtshof des Deutſchen Reichs vom 5. Dezember 1927 folgende Entſcheidung in den Rückwirkungsbeſtimmungen des württ. Miniſterpenſionsgeſetzes gefällt: „Die Vorſchriften der Art. 12 und 13 des württembergiſchen Geſetzes über die Dienſtverhältniſſe der Miniſter vom 26. März 1927 ſind ſoweit ſie dem Geſetze rückwirkende Kraft beilegen, mit der Reichsverfaſſung nicht vereinbar.“ In der Entſcheidung iſt die von der württ. Staatsregierung und insbeſondere dem Staatspräſidenten vertretene Auffaſſung als unhaltbar erklärt und der von dem Finanzminiſter a. D. Dr. Schall vertretene Rechtsſtandpunkt in vollem Umfang beſtätigt worden.

Heidelberg, 29. Jan. Reichsaußenminiſter Dr. Streſemann wurde in Anerkennung ſeiner außen- und ſtaatspolitiſchen Arbeit zum ſtaatswiſſenſchaftlichen Ehrendoktor der Univerſität Heidelberg ernannt.

Ilmenau, 29. Jan. Bei den Trainingsfahrten zur deutſchen Zweier-Bobmeiſterſchaft auf der Ilmenauer Bobbahn wurde Bremſer Schröder-Braunſchweig des deutſchen Bobmeiſters Hauptmann Zahn beim Durchfahren der Adolf Dinckler-Kurve vom Bob über die Kurve hinweg ungefähr 20 Meter geſchleudert und ſofort getötet. Die deutſche Zweier-Bobmeiſterſchaft wurde daraufhin auf einen unbeſtimmten Termin vertagt. Sie findet jedenfalls in Ilmenau ſtatt.

Siegen, 29. Jan. Vor dem hieſigen Bahnhof ſtach heute morgen ein Reichswehrſoldat einen jungen Mann, der ihn angerempelt hatte, mit dem Seitengewehr nieder. Die Verletzungen waren ſo ſchwer, daß an dem Aufkommen des jungen Mannes gezweifelt wird. Der Soldat wurde verhaftet.

Leipzig, 29. Jan. Das Leipziger Schöffengericht verurteilte geſtern die Leipziger Chauffeure Hugo Reiß und Otto Filler, die am 28. Dezember bei Leipzig ein Geldtransportauto der Leipziger Straßenbahn überfallen hatten, zu je zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverluſt.

Leipzig, 29. Jan. Der berüchtigte Paziſiſt Mertens, der im Spionageprozeß Schreck vernommen worden und gegen freies Geleit aus Genf nach Leipzig gekommen war, wurde geſtern bei ſeiner Rückkehr nach der Schweiz auf dem Hauptbahnhof in Leipzig von fünf Hakenkreuzlern angefallen. Die Nationalſozialiſten drangen auf ihn mit Stöcken ein und verwundeten ihn am Kopf. Mertens wurde von hinzueilenden Paſſanten und Schupo befreit. Das Leipziger Polizeipräſidium hat ihm für die Rückkehr nach der Schweiz zu ſeinem Schutz vor weiteren Ueberfällen einen Beamten mitgegeben.

Berlin, 29. Jan. Der deutſch-litauiſche Schiedsvertrag iſt heute nachmittag zwiſchen 3 und 4 Uhr unterzeichnet worden. Gleichzeitig iſt in einigen der weiteren Fragen, die zur Beſprechung ſtanden, eine Einigung erzielt worden, bis auf die Frage des Handelsvertrags, der in weiteren Beſprechungen geklärt werden ſoll. Der litauiſche Miniſterpräſident Woldemaras hat Berlin heute nachmittag um 6.40 Uhr verlaſſen.

Berlin, 29. Jan. Im Verlaufe eines Streites, den der in Kiel befindliche Oberwachtmeiſter Heiſe in einer Schankwirtſchaft im Oſten der Stadt mit mehreren jungen Leuten hatte und der ſich auf der Straße fortſetzte, ſchoß Heiſe nach mehreren Schreckſchüſſen direkt auf ſeine Gegner und traf einen Kraftwagenführer ſo ſchwer, daß dieſer auf der Stelle ſtarb. Heiſe flüchtete dann vor den Angriffen in das nächſte Polizeirevier und wurde vorläufig in Schutzhaft genommen.

Berlin, 29. Jan. Der in der Prenzlauer Straße 38 wohnende 32jährige Arbeiter Karl Kuraſch geriet, wie der „Montag“ meldet, heute nachmittag mit ſeiner 14jährigen Stieftochter Erika Treske in Streit, in deſſen Verlauf er dem Mädchen mit einem Beil einen ſo heftigen Schlag auf den Kopf verſetzte, daß das Kind ſofort ſtarb. Kuraſch wurde verhaftet.

Berlin, 29. Jan. Die von der norwegiſchen Regierung während und nach dem Kriege wiederholt geltend gemachten Forderungen auf Entſchädigung Norwegens für von dem Deutſchen Reich während des Krieges getroffene Maßnahmen ſollen nunmehr auf Grund einer freundſchaftlichen Vereinbarung durch Zahlung eines Betrages von 6,6 Millionen Reichsmark abgegolten werden, den die norwegiſche Regierung zum Ausgleich von Härten bei der Entſchädigung von Familien infolge des Krieges ums Leben gekommener norwegiſcher Seeleute zu verwenden beabſichtigt.

Berlin, 29. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Dr. Walter Stoll, der Südweſtanatolien zu Sprachforſchungen bereiſte, war ſeit einiger Zeit verſchollen. Die deutſchen amtlichen Vertretungen in der Türkei betrieben ſeit längerem mit Hilfe der türkiſchen Behörden Nachforſchungen. Dieſe führten zu dem traurigen Ergebnis, daß Dr. Stoll in der Gegend von Dowas erſchoſſen worden iſt. Der Mörder iſt feſtgenommen und das Verfahren gegen ihn eröffnet. Ein deutſcher Beamter iſt zur Beiſetzung der Leiche und Sicherung des Nachlaſſes entſandt.

Berlin, 29. Jan. Polen hat bei den Wirtſchaftsverhandlungen auf den Zuſatzvertrag über Maximalzölle verzichtet.

Danzig, 29. Januar. Der 24 Jahre alte Bäckergeſelle Gerhard Pichler aus Langfuhr gab gegen 10 Uhr abends in der Nähe des Langfuhrer Uphagen-Parkes auf ſechs Vorübergehende, wahrſcheinlich in einem Anfall von Geiſtesgeſtörtheit mehrere Revolverſchüſſe ab. Der in Oberſchleſien beheimatete Student Gerhard Hoppe von der Techniſchen Hochſchule und ein Fräulein Annemarie Hohlfeld aus Langfuhr wurden ſchwer verletzt. An dem Aufkommen des Fräulein Hohlfeld wird gezweifelt. Der Täter richtete darauf die Waffe gegen ſich ſelbſt und war ſofort tot. Pichler iſt ſeit längerer Zeit arbeitslos und ſoll nervenkrank geweſen ſein.

Paris, 29. Jan. Nach den im Miniſterium des Aeußeren eingetroffenen Nachrichten iſt ein franzöſiſcher Miſſionar in Oiwon in China getötet worden, der zwei jungen chineſiſchen Mädchen zu Hilfe eilte, als zwei chineſiſche Soldaten ihnen Gewalt antun wollten.

Newyork, 29. Januar. Ein ſchwerer Schneeſturm, der in den Nordſtaaten durchſchnittlich 16, in Pennſylvania ſogar 18 Zoll Schneefall brachte, verurſachte allenthalben ſtarke Verkehrsſtörungen, da der Schnee ſtellenweiſe bis ſechs Fuß hoch aufgeweht war.

Rangoon, 29. Jan. Zwölf weitere Perſonen, die bei dem geſtern gemeldeten ſchweren Eiſenbahnunglück bei Rangoon verwundet wurden, ſind ihren Verletzungen erlegen, ſodaß ſich damit die Zahl der Toten auf 52 erhöht hat.

Ein franzöſiſches Kriegsgerichtsurteil in Mainz.

Mainz, 29. Jan. Am Samstag hatten ſich vor dem franzöſiſchen Kriegsgericht die in Mainz wohnhaften Kaufleute Emil Schott und Joſeph Müller wegen verſuchter Spionage zu Gunſten einer fremden Macht und angeblichen Verrats militäriſcher Geheimniſſe zu verantworten. Müller konnte vor der Verhaftung flüchten. Er wurde in Abweſenheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der von den Franzoſen verhaftete Schott erhielt wegen Beihilfe acht Monate Gefängnis. Auch diesmal wieder erfolgte, wie in den meiſten Fällen der letzten Zeit, keine öffentliche Anklage, auch wurde den Verurteilten das Recht der deutſchen Verteidigung verweigert. Inwieweit ſich die Anklagepunkte des franzöſiſchen Kriegsgerichts aufrecht erhalten laſſen, iſt, da die geſamte Verhandlung hinter verſchloſſenen Türen geführt wurde, nicht nachzuprüfen.

Neue Arbeiterentlaſſungen im Saargebiet.

Saarbrücken, 29. Jan. Die franzöſiſche Bergwerksdirektion teilte geſtern nachmittag den Vertretern der Bergarbeiter- und Metallarbeiterverbände mit, daß ſie angeſichts der ſchon ſeit Monaten andauernden Feierſchichten zu einem weiteren Abbau der Belegſchaft gezwungen werde. Insgeſamt ſollen etwa 5000 Arbeiter Ende Februar entlaſſen werden. Vor allem kommen ſolche Arbeiter in Betracht, die in den beiden letzten Jahren eingeſtellt worden ſind. In erſter Linie gilt der geplante Abbau den Arbeitern, die außerhalb des Saargebiets wohnen. Die Vertreter der Organiſationen wurden aufgefordert, zu den geplan-

LANDKREIS
CALW
Kreisarchiv Calw

ten Maßnahmen Stellung zu nehmen. Eine Einigung kam nicht zuſtande. Es ſollen weitere Verhandlungen in nächſter Zeit ſtattfinden.

30 Millionen für die Landwirtſchaft.

Berlin, 29. Jan. Von zuſtändiger Stelle wird mitgeteilt: Dem aus landwirtſchaftlichen Kreiſen vielfach geäußerten Wunſch, die Rentenbankgrundſchuldzinſen ganz oder auch nur zum Teil auf öffentliche Mittel zu übernehmen, hat die Reichsregierung aus allgemein politiſchen Gründen verſchiedener Art nicht entſprechen können. Sie iſt jedoch bereit, zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notſtände in der Landwirtſchaft zwecks Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe einen einmaligen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung zu ſtellen. Der Reichstag wird dazu in der allernächſten Zeit Stellung zu nehmen haben. Wenn die Maßnahme ihren Zweck voll erreichen ſoll, wird die Reichsregierung in die Lage verſetzt werden müſſen, über dieſen Betrag ſofort zu verfügen.

Marx über die Zentrumspolitik.

Berlin, 29. Jan. Der Reichsausſchuß der Zentrumspartei iſt am Sonntag unter ungewöhnlich ſtarker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches zuſammengetreten. Auch Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags und des preußiſchen Landtags nahmen in großer Zahl an den Verhandlungen teil, darunter auch die Abgeordneten Stegerwald, Imbuſch und Wirth. Der Parteivorſitzende Reichskanzler Marx führte u. a. aus, daß die deutſche Außenpolitik von einer Einheitsfront im Reichstag getragen werde. Innenpolitiſch habe das Zentrum erreicht, daß das Reich aus den Kriſenzuſtänden zur inneren Ordnung gekommen ſei. Die deutſche Republik ſei heute geſichert. Der Wohlſtand des Volkes beginne ſich zu beſſern. Die großen Aufgaben der deutſchen Politik in der nächſten Zukunft ſeien klar vorgezeichnet. Daß die deutſche Außenpolitik auf dem in Locarno beſchrittenen Wege fortgeführt werde, das werde immer vornehmſte Aufgabe des Zentrums ſein. Innenpolitiſch bejahe das Zentrum die Verfaſſung und die gegenwärtige Staatsform. Dr. Marx nahm dabei Bezug auf die wiederholten Beſchlüſſe auf den Parteitagen des Zentrums und erklärte, daß es völlig falſch ſei, wenn man in dieſer Frage Meinungsverſchiedenheiten innerhalb der Zentrumspartei konſtruieren wolle. Das Zentrum bekenne ſich zur Deutſchen Republik, wie ſie in der Weimarer Verfaſſung feſtgelegt ſei. Des weiteren beſchäftigte ſich Dr. Marx mit der Wahlrechtsfrage, wobei er u. a. ausführte, daß das geltende Wahlrecht zahlreiche Mängel aufweiſe, die leider von dieſem Reichstag nicht mehr geändert werden könnten. Vieles aber ließe ſich ſchon dadurch beſſern, daß bei der Aufſtellung von Kandidaten die zuſtändigen Parteiinſtanzen durch genaue Prüfung der Eignung der einzelnen Kandidaten dazu beitrügen. Es dürfe ſelbſtverſtändlich nicht darauf geſehen werden, welchem Stande der einzelne Kandidat angehöre. Das Weſentliche ſei, daß er ſich grundſätzlich zum Programm des Zentrums bekenne und als aufrechter Zentrumsmann bekannt ſei. Bezüglich des Reichsſchulgeſetzes werde das Zentrum mit aller Kraft daran feſthalten, daß die in der Weimarer Verfaſſung gegebenen Rechte, vor allem die Elternrechte, gewahrt bleiben. Es handle ſich hierbei um unverzichtbare Grundſätze der Zentrumspartei. Dr. Marx ſchloß ſeine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der dringenden Mahnung, einig zu ſein im Ziel und in den Aufgaben. Die vielſtündige Ausſprache ergab, daß bezüglich der Haltung der Zentrumspartei zur republikaniſchen Staatsform keinerlei Meinungsverſchiedenheiten beſtehen. Sie ergab weiter, daß es in allen grundſätzlichen Fragen ebenfalls Meinungsverſchiedenheiten in der Partei nicht gibt. Die vorhandenen Meinungsverſchiedenheiten betreffen ausſchließlich das ſoziale Gebiet. Am Schluß der Ausſprache wurde einſtimmig eine Entſchließung angenommen, in der es heißt: „Die deutſche Zentrumspartei kann ihrem inneren Weſen nach nur eine chriſtliche und ſoziale Volkspartei ſein. Für ſie war ſoziale und politiſche Entwicklung ſtets aufs engſte miteinander verbunden. Der Reichsparteiausſchuß erwartet von der Fraktion des Reichstags, daß ſie ſich für die baldige Verabſchiedung eines Reichsſchulgeſetzes, das unſeren kulturpolitiſchen Grundſätzen entſpricht, mit aller Kraft einſetzt.“

Noch 150 Deutſche in Sibirien?

Berlin, 29. Jan. Zum Haushalt des Auswärtigen Amts haben alle Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der Kommuniſten und Völkiſchen, eine Entſchließung eingebracht, die die Reichsregierung erſucht, auf Grund der Preſſemeldung, daß der im Krieg als vermißt erklärte, 32jährige Stapelt aus Geltow bei Potsdam nach 11 Jahren aus der ruſſiſchen Gefangenſchaft in ſeine Heimat zurückgekehrt ſei und die Mitteilung gemacht haben ſoll, daß ſich in Sibirien noch etwa 150 Deutſche, darunter zahlreiche Offiziere, befinden, denen es unmöglich wäre, in die Heimat zurückzukehren, da ihnen kein Pfennig zur Verfügung ſtünde, umgehende Nachforſchungen zu veranlaſſen und, wenn die Angaben des Stapelt ſich beſtätigen, den noch in Sibirien weilenden deutſchen Kriegsgefangenen die ſofortige Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neu-Strelitz, 29. Jan. Im Freiſtaat Mecklenburg-Strelitz fanden heute, vom ſchönſten Wetter begünſtigt, die Wahlen zum Landtag ſtatt. Die Wahlbeteiligung war ſehr ſtark. Sie iſt gegenüber der Vorwahl um 15 Prozent auf rund 80 Prozent geſtiegen. Während die Deutſchnationalen ihren Stand ungefähr bewahrt haben, gewannen die Sozialdemokraten rund 4000 Stimmen. Im einzelnen verteilen ſich die Stimmen und Mandate nach den vorläufigen Feſtſtellungen wie folgt: Sozialdemokratiſche Partei 19 264 (15 306) Mandate 13 (12), Verband der Haus- und Grundbeſitzervereine 1563 (1569) Mandate 1 (1), Kommuniſtiſche Partei 3564 (4172) Mandate 2 (3), Verband für Handwerk und Gewerbe 3172 (4615) Mandate 4 ([illegible] Deutſchnationale Volkspartei 10 606 (10 415) Mandate 9 ([illegible] Aufwertungs- und Volksrechtspartei 1886 (0) Mandate 1 (0), [illegible] Deutſche Volkspartei 1825 (2031) Mandate 1 (1), Vereinigte Erbpächter, Büdner und Häusler 1414 (0) Manda
(0), Deutſchvölkiſche Freiheitsbewegung 1960 (2284) Manda
1 (1), Bund der Kleinlandwirte 605 (1765) Mandate 0 (1),
Dorfbund 560 (0) Mandate 0 (0), die Deutſche Demokratiſ
Partei 2362 (3068) Mandate 2 (2), Deutſche Reformpartei
(0) Mandate 0 (0).

Denkmalsweihe in Nizza.

Paris, 29. Jan. In Nizza wurde heute mit großem G
pränge das mächtige, 30 Meter hohe Denkmal für die währ
des Weltkriegs gefallenen Bürger der Stadt eingeweiht. A
der Hafeneinfahrt hatten ſich ein franzöſiſches Geſchwader, ſow
engliſche, italieniſche und amerikaniſche Kriegsſchiffe eingefunde
die während der Feier auf der Reede kreuzten und Salutſchü
abgaben. Am Feſtzug nahmen außer franzöſiſchen Milit
auch Abteilungen von alliierten Marineſoldaten teil. Nach ei
Anſprache des Bürgermeiſters von Nizza, Mari, vor dem Den
mal, ergriff Marſchall Foch das Wort, um den Helden- u
Opfermut der franzöſiſchen Soldaten zu verherrlichen, mit de
ſie den „brutalen Angriff gegen die Ziviliſation und die Freih
der Welt“ zurückgeſchlagen hätten. An den Weiheakt ſchloß ſi
eine Truppenſchau, die von Marſchall Foch und den höhere
Offizieren der alliierten Kriegsſchiffe abgenommen wurde.

Sportecke.

Fußball. Drei Spiele um die Süddeutſche Meiſte
ſchaft und vier Spiele in der Runde der Zweiten und Drit
bildeten das Sonntags-Fußballprogramm. Der württ. Meiſ
die Stuttgarter Kickers, weilten bei dem Saarmeiſter, dem F
Saarbrücken, lieferten dort eine ganz ausgezeichnete Partie u
blieben mit 5:2 ſiegreich. Wormatia Worms iſt es überraſche
derweiſe gelungen, dem Favoriten, der Sp.Vg. Fürth, ein
Punkt abzuknöpfen, indem ſie das Spiel unentſchieden 0:0 g
halten konnten. Im Stadion zu Mannheim trafen ſich Man
heim-Waldhof und Bayern München. Das Spiel endete m
5:2 für die Bayern.

In der Runde der Zweiten und Dritten wu
geſtern der V. f. B. Stuttgart gegen die Böckinger Union m
4:2, ebenfalls ſiegreich blieb der F.C. Phönix Karlsruhe geg
1860 München mit 2:1, Sportklub Freiburg gewann gegen
f. R. Fürth mit 3:2 und Wacker München blieb über d
1. F.C. Nürnberg mit 3:2 Sieger.

In der Bezirksliga der Gruppe Württemberg fa
geſtern noch nachträglich ein Verbands-Wettſpiel ſtatt. In Stut
gart ſtanden ſich nämlich die Stuttgarter Sportfreunde und d
1. F. C. Birkenfeld im Kampfe gegenüber. Birkenfeld, das ſi
wieder zu ſeiner alten Höhe zuſammengefunden hat, lieferte e
prächtiges Spiel und gewann einwandfrei mit 2:4 Toren.

Enz-Neckar-Kreisliga: 1. F.C. Pforzheim — Bi
weißenſtein 2:3, Ballſpielklub —Germania Brötzingen 1:5, F
Niefern — Germania Union 3:2, Sp.Vg. Mühlacker — F
Iſpringen 13:1. Das fünfte Spiel Erſingen — V. f. R. Pfor
heim wurde vom Termin abgeſetzt. M.

Neuenbürg.

Im Hintergebäude des alten Oberamts haben wir zwei, vornehmlich auch zur Unterbringung von Kraftwagen geeignete

Erdgeſchoßräume zu vermieten.

Die Lokale werden zu den vom Mieter gewünſchten Zwecken hergerichtet. Sie können nach Anmeldung beſichtigt werden. Die Mietvertragsbedingungen liegen in unſeren Geſchäftsräumen zur Einſicht auf.

Schriftliche Angebote erbitten wir bis ſpäteſtens **15. Februar 1928.**

Oberamtsſparkaſſe.

Stadtpflege Neuenbürg.

Zahlungs-Aufforderung.

In beſonderem Briefumſchlag werden heute ſämtliche Rückſtände bei den Pflichtigen angefordert. Darunter ſind die Grund-, Gebäude- und Gewerbeſteuern und die Gebäudeentſchuldungsſteuer für die Zeit vom 1. April 1927 bis 31. Januar 1928, die **geſetzlich zur Zahlung verfallen** ſind. Am 1. April 1927 erhielten die Steuerpflichtigen eine Berechnung mit 23 % der Kataſter, die heutige Berechnung enthält 25 %, ein Umlageſatz, der vom Gemeinderat am 22. Dezember 1927 beſchloſſen wurde und jedenfalls bleiben wird. Die Kataſter ſind, ſoweit ſie für 1927/28 noch nicht endgültig bekannt waren, nach dem Stand von 1926/27 eingeſtellt worden.

Die Schuldigkeiten für Februar und März 1928 ſind in der Aufforderung unter „monatl. Betrag“ ebenfalls angedeutet.

Bei den heutigen Verhältniſſen iſt dringend geboten, die monatlichen Zahlungen einzuhalten.

Die Rückſtände können über den gegebenen Termin hinaus — 15. Februar bezw. 29. Februar 1928 — nicht mehr geſtundet werden, wenn nicht außerordentliche Notfälle vorliegen. Stundungsgeſuche ſind an den Gemeinderat vor 15. Februar 1928 zu richten.

Stadtpfleger Eſſich.

Forlen- und Tannen-Langholz-Verkauf.

Das Großh. Forſtamt Kaltenbronn in Gernsbach (Baden) verkauft freihändig aus den Kaltenbronner Waldungen Abt. I 21, 38, 47, 56, 58:

Forlen-Stämme: I. Klaſſe 14 Feſtm., II. 79, III. 290, IV. 136, V. 36.

Forlen-Abſchnitte: I. Kl. 2 Fm., II. 2, III. 2, V. 0,45.

Tannen- und Fichten-Stämme: I. Klaſſe 313 Feſtm., II. 365, III. 352, IV. 134, V. 93, VI. 41.

Tannen- u. Fichten-Abſchnitte: I. Kl. 64 Fm., II. 48, III. 50, IV. 17, V. 10.

Zuſammen rund 2060 Feſtm.

Verkaufstermin: 7. Februar 1928.

Zahlungen: Ein Drittel der Kaufſumme bis ſpäteſtens 6. 3. 28, ein Drittel bis 3. 4. 28, ein Drittel bis 1. 5. 28, wobei die beiden letzten Raten monatlich mit 0,6 Prozent zu verzinſen ſind.

Auszug und Angebotsformulare durch das Forſtamt.

Das Holz wird vorgezeigt von Forſtwart Reuthebuch in Dürreych, Poſt Dobel, OA. Neuenbürg, Förſter Rheinſchmidt in Brotenau, Poſt Weiſenbach i. M. (Baden), und Förſter Dientel in Kaltenbronn, Poſt Weiſenbach i. Murgt. (Baden).

Trefzger
MÖBEL

Achten Sie
auf unsere **hervorragenden Qualitäten**
und unsere **billigen Preise**

Ausstellungen:

Pforzheim, Schloßberg 19

Karlsruhe · Mannheim · Pforzheim · Freiburg
Konstanz · Rastatt · Frankfurt a. M. und Stuttgart

Süddeutsche Möbel-Industrie
Gebrüder Trefzger G.m.b.H. Rastatt

W. Forſtamt Wildbad.

Nadelſtammholz-Verkauf

im ſchriftlichen Aufſtreich am Donnerstag den 9. Februar 1928, vorm. 10 Uhr, in Wildbad im „Goldenen Stern“ aus dem Forſtmeiſter- und Oberförſterrevier: Fl.- u. Ta.-Langh.: 449 I., 374 II., 488 III., 251 IV., 209 V., 47 VI.; Ságh.: 104 I., 44 II., 44 III., 20 IV., 6 V., 0,5 VI.; Fo.-Langh.: 75 I., 329 II., 332 III., 82 IV., 27 V., 3 VI.; Fo.-Sägh.: 15 I., 26 II., 33 III., 15 IV., 4 V. Kl. Losverzeichniſſe und Angebotsvordrucke durch die Forſtdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Pforzheim.

5 To. M.A.N.-Saurer

45 PS. zwei Seitenkipper, mit elektr. Licht, in ſehr gutem Zuſtande, in allen Teilen nachgeſehen, äußerſt preiswert bei günſtigen Zahlungsbedingungen abzugeben.

Kaiſer und Eberhard,
Gymnaſiumſtr. 135
Tel. 5151

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsrat. lief **Teppichhaus Agan & Glück,** Frankfurt a. M. 342. Schreiben Sie ſofort!

Viſiten-Karten

liefert raſch und billig
C. Meeh'ſche Buchdruckerei.

Die Mitglieder der Bauern- und landwirtſchaftlichen Ortsvereine

wollen ihren Bedarf zur **Frühjahrs-Saat** alsbald bei ihrem Vorſtand beſtellen, z. B.

Saat-Kartoffeln, Saat-Hafer, Saat-Gerſte, Kleeſamen, ewigen und dreiblättrigen, **Ammoniak, Kalkſtickſtoff, Kaliſalz, Düngerkalk und Thomasmehl.**

Gleichzeitig bringen wir unſer Lager in

Mehl und Futterartikeln

in Erinnerung.

Lager des Badiſchen Bauernvereins
Neuenburg a. Enz.

Goldſchmiede-Lehrlinge

werden zur gründlichen Ausbildung auf Oſtern in die Lehre genommen.

Moriz Hauſch A.-G., Pforzheim,
Durlacherſtraße 49.

Oberamtsſtadt Neuenbürg
Sitzung d. Gemeinderat
am Dienstag den 31. Ja
abends 6½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Bauſachen.
2. Trichinenſchau.
3. Volkshochſchule Combu
4. Rechnungsſachen.
5. Sonſtiges.

Stadtſchultheiß Knode

Gräfenhauſen.

Ein
Fahrſtier,
ſowie zwei neue
Wagen,
Ein- und Zweiſpänner,
zu verkaufen.

Haus Nr. 157.

Birkenfeld.

Das Stromgeld

iſt unter Angabe des Zählerſtandes zu zahlen:

Buchſt. **A—K** am 1. Februar
" **L—S** " 2. "
" **T—Z** " 3. "

je von 9—12 Uhr
und 1—7 Uhr.

Förſchler.

Arbeits-Vergebung.

Zur Erſtellung einer **Autogarage** für die Gemeind
Gräfenhauſen habe ich die

Grab-, Betonier-, Maurer-, Dachdecker-, Flaſchner-, Gipſer-, Schreiner-, Schloſſer-, Schmiede-, Glaſer- und Malerarbeiten, ſowie ſanitäre und elektriſche Inſtallationsarbeiten

in Akkord zu vergeben.

Die erforderlichen Unterlagen liegen am **Dienstag** und
Mittwoch auf meinem Büro, Untere Gartenſtraße 67½,
gefl. Einſichtnahme auf.

Die Offerten wollen bis **Freitag den 3. Februar**
abends 6 Uhr, auf dem Rathaus in Gräfenhauſen ab-
gegeben werden.

Neuenbürg, den 30. Januar 1928.

Ludwig, Reſt, Architekt.

---

2 Ringmacher-Lehrlinge,
1 Goldſchmied-Lehrling,
1 Faſſer-Lehrling

zur gründlichen Ausbildung **geſucht.**

Rupp & Co. Nachf., Pforzheim,
Kaiſer Friedrichſtraße 8.

Zur gründlichen Ausbildung werden angenommen:

Goldſchmiede-Lehrlinge,
Poliſſeuſen-Lehrmädchen

bei

Raiſch & Wößner, Pforzheim,
Grünſtraße 2.